

Stadtparlament

Wortprotokoll

9. Sitzung der Legislatur 2023 - 2027

Dienstag, 25. Juni 2024, 19:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Esther Straub, Die Mitte/EVP

Entschuldigt: Corinne Straub, SVP

Anwesend Stadtparlament: 29

Anwesend Stadtrat: René Walther, FDP
Daniel Bachofen, SP
Sandra Eichbaum, XMV
Dieter Feuerle, Grüne
Luzi Schmid, Die Mitte

Protokoll: Alexandra Wyprächtiger, Stadtschreiberin

Traktanden

- 9/1. **Mitteilungen**
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Begrüssung Christoph Seitler, XMV, per 8. Mai 2024
Begrüssung Michael Zwahlen, SP, per 8. Mai 2024
Begrüssung Teoman Kengir, SP, per 1. Juni 2024
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
Mitteilungen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK)
- 9/2. **Jahresrechnung und -bericht 2023**
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 9/3. **Hafen Arbon, Aushub Hafeneinfahrt, Genehmigung Nachtragskredit in Höhe von CHF 414'000.00**
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 9/4. **Eissportzentrum Oberthurgau EZO, Betriebsbeitrag in Höhe von jährlich CHF 64'295.00 ab 1. Mai 2024 bis zum 30. April 2028**
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 9/5. **Strategische Planung Stadt Arbon, Antrag zur Bildung einer ständigen parlamentarischen Raumplanungskommission**
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

- 9/6. Motion "Anpassung Beitrag an Vereine für Kinder- und Jugendarbeit" von Lukas Auer, Fabio Telatin, beide SP, Esther Straub, Die Mitte, Reto Gmür, BFA, Isabelle Fuchs, FDP und Ueli Nägeli, SVP
Beantwortung, Beratung Beschlussfassung
- 9/7. Postulat "Stressfreie und ungefährliche Zugänge beim Schwimmbad Arbon", von Reto Gmür, BFA und Lukas Auer, SP
Stellungnahme, Beratung, Beschlussfassung
- 9/8. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, Restlegislatur 2023-2027
Rücktritt: Irena Noci, SP/Grüne
- 9/9. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Redaktionskommission, Restlegislatur 2023-2027
Rücktritt: André Mägert, FDP/XMV
- 9/10. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Redaktionskommission, Restlegislatur 2023-2027
Rücktritt: Felix Heller, SP/Grüne
- 9/11. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Redaktionskommission, Restlegislatur 2023-2027
Rücktritt: Matthias Schawalder, SVP
- 9/12. Wahlen, Ersatzwahl; Präsidium Redaktionskommission, Restlegislatur 2023-2027
Rücktritt: Felix Heller, SP/Grüne
- 9/13. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Einbürgerungskommission, Restlegislatur 2023-2027
Rücktritt: Ueli Nägeli, SVP
- 9/14. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied vorbereitende Parlamentarische Kommission Totalrevision Gemeindeordnung
Rücktritt: Irena Noci, SP/Grüne
- 9/15. Wahlen, Ergänzungswahl; Mitglied Wahlbüro
Rücktritt: Alfred Saam, SP
- 9/16. Wahlen, Ergänzungswahl; Mitglied Wahlbüro
Rücktritt: Samara Ibric, FDP
- 9/17. Agglomerationsprogramm St. Gallen-Bodensee 3. Generation – St. Gallerstrasse Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK), Sanierung und Aufwertung der St. Gallerstrasse, Webschiffkreisel bis Faletürlibach im Betrag von CHF 585'470.00
Wahl 7er-Kommission
- 9/18. Fragerunde
- 9/19. Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Medienschaffende, liebe Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Stadtparlamentssitzung. In meinem Präsidialjahr möchte ich die Sitzung mit einer kleinen Überraschung versüssen. Heute habe ich Ihnen ein Arboner Chriesi Tschoppen Muffin gebacken. Dieses Arboner Gebäck ist nicht nur ein Genuss für den Moment, sondern auch ein Stück Tradition. Es ist eine süsse Verführung für Leib und Seele.

Aber Achtung, die Kirschen sind nicht entsteint. Das Chriesisteinspucken im Seeparksaal ist nicht erlaubt, sonst muss ich nach der Sitzung den Fussboden reinigen. Danke für Ihr Verständnis. Es freut mich, dass fast alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier erschienen sind, um an den wichtigen Entscheidungen, die heute getroffen werden, mitzuwirken.

Heute möchte ich Ihnen von einigen Ereignissen berichten, die mich und unsere Stadt in den letzten Tagen bewegten.

Das Arbon Classics vom 25./26. Mai 2024 an der Uferpromenade war ein voller Erfolg. Etwa 20'000 Besucherinnen und Besucher genossen diesen Anlass an der schönen Uferpromenade. Der ganze Event sorgte für Begeisterung bei Jung und Alt. Die Stimmung war ausgelassen und fröhlich, und das Wetter zeigte sich von seiner besten Seite. Der Erfolg des Arbon Classics ist ein Gewinn für unsere Stadt. Es zeigt, dass Arbon ein attraktiver Ort für Veranstaltungen ist, der Besuchende aus der ganzen Region anzieht. Es hat auch einmal mehr gezeigt, dass unsere Stadt etwas zu bieten hat. Ich möchte mich daher bei allen bedanken, die zum Erfolg dieser Arbon Classics beigetragen haben. Ich freue mich jetzt schon auf den nächsten Arbon-Classics-Event im Jahr 2026.

Auf unserem Kalenderblatt steht bereits Juni; leider spüren wir wettertechnisch noch nicht viel davon. Der Bodensee ist in Arbon zum Glück nicht über die Ufer getreten, was bei diesen Niederschlägen möglich wäre. Das Hochwasser am Bodensee hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie gewaltig die Natur sein kann. Innerhalb weniger Tage stieg der Pegel des Bodensees um mehrere Zentimeter an und überflutete zum Teil Uferbereiche und Keller. Die Situation ist noch nicht gebannt, der Wasserstand des Bodensees befindet sich weiterhin in der Gefahrenstufe 4. Die Hochwasserlage bei uns zeigt, dass wir Menschen der Natur nicht immer Herr sind. Es hat aber auch gezeigt, wie wichtig es ist, im Einklang mit der Natur zu leben. Wir müssen die natürlichen Lebensräume schützen und nachhaltig mit unseren Ressourcen umgehen. Nur so können wir uns auf die langfristigen Folgen des Klimawandels vorbereiten.

Leider hat Sandra Eichbaum uns und den Arbonerinnen und Arbonern ihre Demission aus dem Stadtrat mitgeteilt. Ich bedaure dies sehr, da ich Sandra Eichbaum als gewissenhafte Stadträtin kennen und schätzen gelernt habe.

Aktuell ist Arbon in Turnfieber. Das kantonale Turnfest 2024 ist in vollem Gang. Rund 7400 Turnerinnen und Turner, 5000 Kinder und Jugendliche sowie etwa 20'000 Sportfans werden an den Wettkämpfen und Rahmenveranstaltungen teilnehmen. Am kommenden Wochenende geht es in Stacherholz und am See sportlich und gesellig weiter. Wer weiss, vielleicht treffen wir uns dort und können uns ausserhalb der Politik zu anderen Themen unterhalten.

Wir sind aktuell nicht in einer Sport- sondern in einer politischen Veranstaltung, der 9. Arboner Stadtparlamentssitzung. Nehmen wir diese sportlich in Angriff. Ich wünsche uns allen eine konstruktive und erfolgreiche Sitzung. Die Sitzung ist somit eröffnet.

Namensaufruf:

Es sind 29 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend, die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben, das absolute Mehr beträgt 16.

Traktandenliste:

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich verzichte auf das Vorlesen der Traktanden. Die Unterlagen wurden am 4. Juni resp. am 11. Juni 2024 verschickt. Mit ausserordentlichem Versand vom 22. April 2024 haben Sie die Jahresrechnung und den Bericht 2023 erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall. Die Traktandenliste wird somit stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP:

- Aufgrund der Rücktritte von drei Parlamentariern, welche an der letzten Stadtparlamentssitzung verabschiedet wurden, hat der Stadtrat gemäss Verordnung des Regierungsrats zum Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht § 43 drei neue Parlamentsmitglieder eingesetzt. Wir begrüssen Christoph, Michael und Teoman herzlich in unserem Parlament und wünschen euch viel Freude im neuen Amt.
- Das Protokoll der 8. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarische Vorstösse eingegangen:

- Einfache Anfrage «Ablauf bei Baueingaben» von Reto Gmür, BFA; diese geht an den Stadtrat zur Beantwortung.
- Interpellation «Kampf gegen fragwürdige Spitefirmen» von Lukas Auer, SP, Reto Gmür, BFA, Reto Neuber, Die Mitte und Isabelle Fuchs, FDP; diese geht nun in Zirkulation.
- Die Einfache Anfrage «Gewalt an öffentlichen Plätzen in Arbon» von Reto Gmür, BFA und Lukas Auer, SP, wurde mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die Einfache Anfrage gilt somit als erledigt.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission EBK:

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Lukas Auer, SP, Vizepräsident EBK: Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurden an der Einbürgerungskommissionssitzung vom 13. Juni 2024 folgende Personen:

- Danko Daniel, 2007, Slowakei
- Yüksel Ayazoglu-Yüksel Hülya, 1986, Türkiye
- Afonso Alba Angeles, 1963, Spanien

Im Moment liegen insgesamt 13 Gesuche von 18 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden. Davon ist kein Gesuch zurückgestellt.

2. Jahresrechnung und -bericht 2023

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Der Stadtrat hat am 8. April 2024 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2023 zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet. Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2023 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2023, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie dem Anhang sei zu genehmigen.
3. Die Eröffnung der Spezialfinanzierung Asylwesen Status S und die Einlage von CHF 686'105.10 sei zu genehmigen.
4. Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von CHF 1'269'418.47 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Die FGK empfiehlt Ihnen einstimmig, den ersten beiden Anträgen des Stadtrats betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung 2023 zuzustimmen. Die FGK empfiehlt Ihnen grossmehrheitlich, den dritten Antrag betreffend die Eröffnung der Spezialfinanzierung Asylwesen Status S inkl. der Einlage von CHF 686'105.10 zu streichen. Zudem empfiehlt Ihnen die FGK grossmehrheitlich,

aufgrund der Streichung der genannten Spezialfinanzierung den vierten Antrag wie folgt abzuändern: «Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von CHF 1'955'523.57 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Eintreten ist obligatorisch.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Ich spreche im Namen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, kann Ihnen aber mitteilen, dass die Fraktion FDP/XMV sich hinter das Eintretensvotum der FGK stellt und von der FDP/XMV niemand zusätzlich zum Eintreten das Wort ergreifen wird.

In der FGK haben wir, wie im FGK-Bericht erwähnt, die Rechnung 2023 an drei Sitzungen beraten und dem Stadtrat zum Bericht und zur Jahresrechnung Fragen gestellt. Der Bericht wurde Ihnen allen rechtzeitig zugestellt. Es ist bereits Tradition, dass ich mich beim Eintreten kurz fassen will. Das Eintreten ist wie gesagt obligatorisch, und so habe ich Sie nicht vom Eintreten zu überzeugen.

Die Ansicht der FGK zur Rechnung 2023 und zum Jahresbericht 2023 haben wir Ihnen mit unserem schriftlichen Bericht schon kundgetan. Nichtsdestotrotz möchte ich Ihnen einige Punkte hervorheben, die uns als FGK für die Debatte im Parlament wichtig erscheinen.

1. Die FGK beurteilt das Jahresergebnis als gut, und auch der Jahresbericht ist in einer gewohnt schlichten und übersichtlichen Form erstellt worden. Dafür bedankt sich die FGK beim Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung.
2. Die FGK beurteilt die getätigten Investitionen als zu gering. Während 2019 die geplanten Investitionen noch zu 94.5 % auch effektiv getätigt wurden, ist dies im Jahr 2023 auf noch 41 % zusammengeschrumpft. Weniger als die Hälfte der geplanten Investitionen wurden umgesetzt. Zu wenig.
3. Die FGK erachtet es als nicht zielführend, für die nicht voll ausgeschöpften Globalpauschalen 1 für den Schutzstatus S eine Spezialfinanzierung zu bilden. Die Gründe dazu haben wir Ihnen im Bericht dargelegt.

Die Präsidentin hat es bereits erwähnt, die FGK empfiehlt Ihnen einstimmig, den ersten beiden Anträgen des Stadtrats vom 8. April 2024 zuzustimmen. Ich verzichte auf das nochmalige Vorlesen der beiden Anträge. Die FGK empfiehlt Ihnen grossmehrheitlich, den dritten Antrag zu streichen, und die FGK empfiehlt Ihnen grossmehrheitlich, den vierten Antrag abzuändern: «Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von CHF 1'955'523.57 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.»

In den Dank an den Stadtrat und die Verwaltung, insbesondere an Pascal Büchler, den Finanzchef für die Zusammenarbeit, möchte ich auch die Kolleginnen und Kollegen der FGK einschliessen. Die Zusammenarbeit in der FGK ist kollegial und zielgerichtet über alle Parteigrenzen hinweg. Das ist keineswegs selbstverständlich, und deshalb ist es mir wichtig, das hier zu erwähnen. Der FGK ist nach dem heutigen Abend eine ganz kurze Verschnaufpause gegönnt. Aber schon nach der Ersatzwahl von heute werden wir die Termine für das Budget 2025 fixieren. Ich freue mich, diese Arbeit als Kommission für das Parlament aufzunehmen und ich hoffe, dass wir auch da wieder eine speditive Bearbeitung absolvieren können. Dasselbe hoffe ich auch für den heutigen Abend, dass wir im Plenum die Rechnung und den Jahresbericht speditiv diskutieren können. Ich freue mich auf Ihre Voten und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Auch die Fraktion Die Mitte/EVP hat den vorliegenden Jahresbericht und die Jahresrechnung diskutiert und analysiert. Wir bedanken uns beim Stadtrat und den Verwaltungsmitarbeitenden für den informativen Jahresbericht und den ausführlichen Zahlen teil. Stadtparlament und interessierte Personen erhalten hier ein umfassendes Bild darüber, was Verwaltung, Stadtrat und Stadtparlament im vergangenen Jahr geleistet haben. Zwar kein Jahresgewinn mehr von über CHF 4 Mio. wie in den vergangenen fünf Jahren schon beinahe üblich,

aber dennoch wieder ein Gewinn in siebenstelliger Höhe. Das ist grundsätzlich erfreulich, allerdings rührt der Gewinn auch praktisch ausschliesslich von ausserordentlichen einmaligen Positionen. So profitierte die Stadt zum Beispiel von einem zusätzlichen, nicht budgetierten Lastenausgleich des Kantons von CHF 900'000 und äusserst hohen Grundstückgewinnsteuern. Praktisch alle Finanzkennzahlen zeigen inzwischen ein positives Bild. Das ist erfreulich, und die finanzielle Lage der Stadt Arbon kann als stabil und gut bezeichnet werden. Dies natürlich aber nach wie vor bei einem hohen Steuerfuss.

Weniger erfreulich, wenn nicht sogar ärgerlich ist aber, dass sich einzelne Feststellungen von Jahr zu Jahr wiederholen und auch keine Anzeichen zur Besserung vorhanden sind. Nach wie vor ist die Anzahl der Nachtragskredite zu hoch. Wiederum beschloss der Stadtrat Kredite von mehr als CHF 1.1 Mio. am Budget vorbei, genauso wie bereits im Jahr 2022. Davon stufte der Stadtrat selber nur knapp CHF 400'000 als gebunden und damit als zwingend notwendig ein.

Nach wie vor sind auch die Investitionen, wir haben es bereits von Cyrill Stadler gehört, im Vergleich zum Budget äusserst tief. Betragsmässig wurde nicht einmal die Hälfte aller budgetierten Investitionen umgesetzt. Und weil die Investitionen ja in den allermeisten Fällen nicht gestrichen, sondern lediglich aufgeschoben wurden, erhöht sich der Investitionsdruck in Zukunft laufend noch mehr. Wir sind gespannt, ob das neu aufgegleiste Projektcontrolling tatsächlich wie versprochen bereits nun schon im laufenden Jahr positive Auswirkungen haben wird.

Zu guter Letzt dankt die Fraktion Die Mitte/EVP der Finanzkommission unter der Leitung von Cyrill Stadler für die Prüfung der Jahresrechnung und des Jahresberichts und den ausführlichen und übersichtlichen Bericht. Dieser beantwortet aus unserer Sicht die wichtigsten Fragen. Unsere Fraktion wird die Anträge der FGK zur Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023 unterstützen.

José Franco, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne hat sich mit der vorliegenden Rechnung 2023 auseinandergesetzt und ist mit dem erzielten Ertragsüberschuss zufrieden. Im Namen der Fraktion danke ich dem Stadtrat, der Ressortleitung unter der Mithilfe der Mitarbeitenden der Stadt Arbon für die geleistete Arbeit und den Rechnungsbericht. Der Dank geht auch an das Präsidium der FGK für den Kommissionsbericht.

Wie in den letzten Jahren schliesst das Rechnungsjahr 2023 mit einem deutlich besseren Ergebnis ab als budgetiert. Die Fraktion SP/Grüne ist mit der Rechnung mehrheitlich und einstimmig einverstanden und folgt dem Antrag der FGK.

Ulrich Nägeli, SVP: Weil wir heute doch aussergewöhnlich viele Traktanden haben, halte ich mich kurz. Auch ich bedanke mich an dieser Stelle nochmals für die sehr gute und kooperative und fachlich einwandfreie Zusammenarbeit.

Die Erfolgsrechnung ist bei vielen Positionen wie allgemeine Verwaltung, Kultur, Sport und Freizeit oder im Bereich Sicherheit sehr erfreulich. Auch uns ist es aufgefallen und es wundert uns, dass bei den Investitionen, also den gesprochenen Geldern, ein stetiger, massiver Rückgang in der Umsetzung stattfindet. Seit 2019, wo noch 94.5 % der budgetierten Investitionen umgesetzt wurden, sind wir Ende 2023 bei nur noch 41 % angelangt. Auf der einen Seite erfreulich, weil dadurch die Jahresrechnung weit besser abschliesst als geplant, auf der anderen Seite ärgerlich, weil wir uns dadurch einen Investitionsstau aufbauen und diese Investitionsgelder in den nächsten Jahren die Jahresrechnung stark beeinflussen werden. Daher die Anmerkung für die kommende Budgetsitzung, bei den Investitionen so realistisch wie umsetzbar zu planen. Die Fraktion SVP ist einstimmig für Eintreten und wir werden den Anträgen der FGK folgen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich erlaube mir einige Zusatzbemerkungen, Ergänzungen oder Erläuterungen zur Spezialfinanzierung.

Die FGK hat in ihrem Bericht geschrieben, in HRM2 sei eine solche Spezialfinanzierung nicht vorgesehen und nicht erlaubt. Aus unserer Sicht sollte das aber so sein. Richtig ist, dass nach HRM2 eine solche Spezialfinanzierung im Bereich Asylwesen allgemein nicht vorgesehen ist. Das Finanzhaushaltsgesetz bzw. die Verordnung über das Rechnungswesen der Gemeinden lässt die Eröffnung eines solchen Spezialfinanzierungskontos zu.

Spezialfinanzierungen bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Dies kann ein Gemeindeversammlungs- oder ein Parlamentsbeschluss oder übergeordnetes Recht sein. Spezialfinanzierungen sollen dort gebildet werden, wo zwischen der erfüllten Aufgabe und den von den Nutznießenden direkt erbrachten Entgelte ein Kausalzusammenhang besteht. Steuern dürfen nicht in einer Spezialfinanzierung zweckgebunden werden. Die Rechnungsprüfungskommission hat die rechtlichen Grundlagen geprüft und bestätigt, dass die Legitimation mit entsprechendem Beschluss des Stadtparlaments erfolgen kann.

Die Stadt kann flexibler agieren, wenn der Betrag als Gewinn dem Eigenkapital zugeschrieben wird. Dies würde dem Vorgehen des Fortschreibens des Bilanzgewinns bei Unternehmungen entsprechen. Diese Aussage ist nur teilweise richtig. Zu ergänzen ist, dass in einer Spezialfinanzierung eingeschlossene Finanzmittel zweckgebunden verwendet werden müssen. Sobald die Einschätzung besteht, dass das Risiko der Zweckbestimmung nicht mehr besteht, kann die Spezialfinanzierung analog der Gründung per Parlamentsbeschluss wieder aufgehoben werden. Die noch nicht verwendeten Finanzmittel fließen bei einem solchen Entscheid ins freie Eigenkapital. Der Vergleich zur privatwirtschaftlichen Verwendung von Unternehmensgewinnen ist aufgrund der unterschiedlichen Rechnungslegungsnormen nicht zielführend. Ausserdem kann es für die öffentliche Hand nicht zielführend sein, hohe Jahresgewinne auszuweisen und gewisse Risiken und künftig anfallende Kosten nicht zu berücksichtigen.

Für das Rechnungsjahr 2023 wenden mit Romanshorn und Arbon die Praxis der Spezialfinanzierung nur gerade zwei der sechs grösseren Gemeinden im Kanton an. Weinfelden hat 2022 eine solche Spezialfinanzierung geöfnet, verzichtet nun aber wieder darauf. Richtig ist, dass solche Themen bei den sechs grösseren Städten regelmässig diskutiert und teilweise unterschiedlich gehandhabt werden. HRM2 lässt einen gewissen Spielraum offen. Weinfelden hat bereits im Jahr 2022 eine solche Spezialfinanzierung eröffnet. Für das Jahr 2023 führt die Beurteilung der Stadt Weinfelden zum Ergebnis, dass die aktuell eingelegten Mittel für die Deckung der Risiken ausreichen und für das Jahr 2023 keine zusätzlichen Einlagen getätigt werden sollen. Die Spezialfinanzierung bleibt denn auch aktiv. Romanshorn hat an der Gemeindeversammlung einen Antrag zur Gründung der Spezialfinanzierung beschlossen. Somit wäre Arbon die dritte Stadt mit einer solchen Spezialfinanzierung.

Detailberatung

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Da Eintreten obligatorisch ist, kommen wir zur materiellen Beratung. Bitte nehmen Sie dazu den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2023 zur Hand. Wir werden zuerst über den Bericht beraten und direkt danach über diesen abstimmen, bevor wir zur Jahresrechnung kommen. Wir beraten den Bericht ressortweise.

Bericht und Vorwort (bis S. 14)

Riquet Heller, FDP/XMV: Vorweg vielen Dank auch meinerseits für den Bericht, ich möchte ja nicht unhöflich sein, für das grosse Werk, das da gemacht wurde. Es ist wirklich eine gelungene Sache. Ich wende mich einer Formalie zu, nämlich dem Titelbild. Zum x-ten Mal sehen wir da ein Drohnenbild, eine Luftaufnahme. Das ist sehr beeindruckend, sehr schön, doch meine ich, wir seien ein bisschen Exempel für unsere privaten Fotografen, die Familienaufnahmen und sonstige Aufnahmen machen. Und wenn Sie meinen, über dem Arboner Himmel schwebten genügend Drohnen und man müsste das eher eindämmen, möchte doch die Stadt wieder einmal ein Bodenbild machen und zeigen, dass ein Fotograf, der auf Füssen steht, ebenfalls schöne Bilder von Arbon knipsen kann.

Ressort Finanzen (S. 25-35)

Lukas Auer, SP/Grüne: Tu Gutes und sprich darüber. Die Stadt Arbon hat es gemacht, sie hat die Lohnvergleichsanalyse gemacht. Ich finde, dieses Ergebnis muss man kommunizieren, es ist nämlich eines der Vorzeigergebnisse in der ganzen Schweiz. Im Zeichen des Fachkräftemangels ist es wichtig, alles Positive, was die Stadt in den Anstellungsbedingungen hat, zu berichten. Die Stadt Arbon hat praktisch je zur Hälfte weibliche und männliche Angestellte, auch beim Führungspersonal. Die Lohnvergleichsanalyse hat eine minimale Abweichung von 0.4 % gezeigt. Der Bundesrat gibt eine erschreckende Vorgabe von 5 % vor. Ich finde, man muss dringend kommunizieren, dass wir hier Vorreiter sind. Ich möchte dennoch sagen, bitte überprüfen wir immer wieder diese Analyse. Solange ich im Parlament bin, werde ich immer wieder darauf hinweisen, denn wie die Stadt das macht, ist es hervorragend.

Ressort Bau und Umwelt (S. 36-43)

Lukas Auer, SP/Grüne: Hier geht es um die Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Hier muss die Stadt die Vorzeigestadt werden, welche bei GAV-Betrieben eine ISAP-Bestätigung verlangt. Der Kanton St. Gallen nimmt das neu in sein Reglement auf, der Kanton Thurgau wartet noch. Wenn ich im Grossen Rat bin, werde ich da sicher einen Vorstoss machen. Ihr habt es in den Medien gesehen, die paritätische Baukommission kontrollierte in den letzten Jahren Firmen über CHF 100'000 Verfehlungen. Ich möchte nie irgendwo in den Medien erfahren, dass die Stadt Arbon eine öffentliche Vergabe gemacht hat an eine Firma, die nicht sauber ist. Bis jetzt ist das nicht der Fall, aber man kann auch als Stadt sagen, wir wollen diese GAV-Bescheinigung, wo es einen Gesamtarbeitsvertrag gibt. Ich bitte den Stadtrat, dies umzusetzen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Der Jahresbericht 2023 der Stadt Arbon wird einstimmig genehmigt.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wir kommen nun zur Beratung der Jahresrechnung 2023 ab S. 68. In der laufenden Rechnung werde ich die funktionalen Hauptbereiche nennen. Es können Fragen und Anträge dazu gestellt werden. Bei Wortmeldungen bitte ich Sie, die Seitenzahl, die Kontogruppe und das Konto zu nennen.

11 Öffentliche Sicherheit (S. 77)

3133 EDV-Kosten (Amt für Informatik)

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Der Vergleich zwischen Budget und Rechnung 2023 über die einzelnen Bereiche hinweg ergibt im Konto 3133.01 eine Abweichung von gesamthaft +37 %, was einem Mehraufwand von ca. CHF 85'000 entspricht. Der Mehraufwand wird in zwei Positionen begründet. Welche weiteren Faktoren haben zu dieser Abweichung geführt?

Stadtpräsident René Walther, FDP: Es gibt verschiedene Gründe für diese Abweichung. Der erste Grund ist, dass man aufgrund der Erkenntnisse das Budget 2023 schlicht und einfach zu tief angesetzt hat. Dann ist es so, dass durch die Entwicklung in der Stadtverwaltung (einige Mitarbeiter mehr und mehr PCs) mehr Lizenzen benötigt wurden. Im vergangenen Jahr haben wir die EDV-Infrastruktur angepasst. Wir sind ja beim AFI, das bedeutet, gelegentlich kommt das AFI und ersetzt die Geräte. Unter anderem wurden gewisse Desktopgeräte durch Laptops ersetzt. Gerade im Bereich Soziales war das eine wichtige Geschichte, weil man da bei der Arbeit mobil sein muss, wie auch an anderen Orten in der Stadtverwaltung. An gewissen Arbeitsplätzen hat man einen zweiten Bildschirm installiert. Man kann sich das vorstellen, wenn man an Zahlenmaterial arbeitet, ist das sehr hilfreich. Unter anderem waren diese Anschaffungen und Investitionen auch nötig wegen der zusätzlichen Projektarbeit. Damit einhergehend gibt es auch externe Zugänge, die eingerichtet werden müssen. Das betrifft Personen, die genau an diesen Projekten

arbeiten, in die wir dieses Jahr und nächstes Jahr investieren möchten. Es gab zwei neue Arbeitsgeräte für Stadträte. Der Umzug der Abteilung Soziales hat ebenfalls zusätzliche Aufwendungen ergeben. Und ja, Digitalisierung kostet, unter anderem ist da CHF 9'000 drin für das kantonale Projekt E-Bau, das dieses Jahr in die Pilotphase kommt. Das heisst, ab 2025 sollte man Baugesuche elektronisch eingeben können. An den Kosten müssen Gemeinden und Städte sich beteiligen. Unter anderem haben wir auch die Prozesse in der Einwohnerkontrolle digitalisiert, und insbesondere im Personalmanagement wurden gewisse Applikationen angeschafft. Was noch spannend ist, im Vergleich zu anderen Städten kann man plausibilisieren, wie hoch das ist. Eine Stadt westlich von Arbon am Bodensee im Kanton Thurgau weist Kosten von etwa CHF 400'000 in diesem Bereich aus.

S. 79 1408.3160.00 Mieten

Riquet Heller, FDP/XMV: Die Mieten, die für die Räumlichkeiten der Berufsbeistandschaft bezahlt werden müssen, sind nicht mehr unten an der Bahnhofstrasse, sondern neu im Amtshaus Straussfeder. Die Fürsorge ist wie bis anhin mehrheitlich in der Schwalbe untergebracht, und die Amtsvormundschaft residiert neu in den Direktionsgebäulichkeiten und Büros Saurer, wo früher das Notariat und das Grundbuchamt waren. In diesen historischen Gebäuden fallen ziemlich grosse Kosten an. Die Bürgergemeinde hat die beiden Gebäude, die Straussfeder und die benachbarte Schwalbe mit der Portierloge aus der Not heraus übernommen, weil die Firma Saurer sie liquidieren und das Gebäude loswerden wollte. Der Rest des Werks 1 war für die Bürgergemeinde zu gross und sie hat sich mit diesen komplizierten historischen Gebäuden einmal zufriedengegeben und diese gerettet. Wie sieht das nun finanziell für die Bürgergemeinde aus? Sie hatte ihre Jahresversammlung im Mai. Dort wurde von den Bürgern festgestellt, dass man für diese beiden Amtshäuser CHF 220'000 pro Jahr eingenommen hatte. Das Budget für das Jahr 2024 sieht noch CHF 140'000 vor, d. h. CHF 80'000 weniger, wobei bei etwa der Hälfte der Räumlichkeiten sich gar keine Änderungen ergeben haben, weil da die Stadt ja eh schon drin war. Grund für diesen Mietzinstauher ist der Auszug des Kantons und Belegung dieser Räumlichkeiten durch die Stadt. Weiterer Hintergrund: Die Bürgergemeinde suchte dringend einen Mieter, der sich für dieses Gebäude eignet. Das ist nicht besonders leicht. Die Stadt war in einer vortrefflichen Verhandlungsposition, denn sie war mehr oder weniger die einzige mögliche Mieterin.

In Anbetracht dieser Mietzinsreduktion, die die Stadt erreicht hat, frage ich mich, ob das nicht eine Abschreckung für weitere Investoren in der Altstadt Arbon ist. Sind Sie in irgend einer Gesellschaft oder ist es Ihnen privat möglich, dass Sie eine Liegenschaft in der Altstadt erwerben können, dann sehen Sie, was Ihnen passieren kann, nämlich dass dort die Mietzinsen stark gedrückt werden können. Und die Stadt ist ein Leader bei den Grossmietern in der Altstadt. Die Bürgergemeinde hat natürlich schon gemerkt, wie der Wind pfeift. Das nächste Geschäft kommt sicher, wo die Stadt bei der Bürgergemeinde vorstellig werden wird. Und ich meine, beides seien keine guten Voraussetzungen, weder verhandlungsklimatisch noch aufgrund der Tatsache, dass wir ja alle wollen, dass die Altstadt belegt wird und namentlich unsere Stadtverwaltung in der Altstadt bleibt und nicht irgendwo in eine bequeme neue Liegenschaft zieht, wo die Erschliessung und die EDV-mässige Verdrahtung viel einfacher ist.

Im Übrigen mache ich Sie darauf aufmerksam, dass die Bürgergemeinde in Arbon gut verankert ist. Es sind die Leute, die schon immer hier gewesen und hiergeblieben sind. Auch im Parlament ist die Bürgergemeinde gut vertreten. Rudolf Daepf gehört dazu, Corinne Straub gehört dazu, ich, meine Tochter und die Parlamentspräsidentin gehören dazu. Demzufolge hat die Bürgergemeinde parteiüberschreitende Fraktionsstärke. Ich bitte Sie um Auskunft, wie die Mietzinsgestaltung für die Berufsbeistandschaft und für die Fürsorge in den beiden Amtshäusern in der Altstadt sind.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich bin ehrlich gesagt gerade ein bisschen erstaunt, denn ich habe die Verhandlungen mit der Bürgergemeinde komplett auf Augenhöhe erlebt. Man hat Bewertungen gemacht, man hat selbstverständlich verhandelt, denn es sind Steuergelder, die wir

ausgeben. Und wir haben ein sehr gutes und konstruktives Verhältnis mit der Bürgergemeinde. So ist der Preis zustande gekommen. Man hat miteinander verhandelt und bewertet. Aus unserer Sicht ist alles in Ordnung.

61 Strassenverkehr

S. 99 6151.4240.00 / 01 Gebühren für das Nachtparkieren / 6151.4240.03

Riquet Heller, FDP/XMV: Das Konto 6151.4240.03 beinhaltet die Anwohnerdauerparkierkarten plus die Einnahmen via die Parkuhren. Es ist nun so, dass die Anwohnerdauerparkierkarten auch zum Nachtparkieren berechtigen. Deshalb meine ich, sollten die Einnahmen von den Parkuhren und sonstigen Parkkarten und die Einnahmen aus dem Verkauf von Anwohnerdauerparkierkarten unterschieden werden. Denn nur so kann man feststellen, wie viele Laternengaragen wir in Arbon haben, bzw. wie viel wir aus dem gebührenmässig reduzierten Dauerparkieren auf dem öffentlichen Grund vorweg während der Nacht einnehmen. Dieses Problem wurde auch von unserer Geschäftsprüfungskommission aufgenommen. Mit einer Trennung dieser Dauerparkierkarten würde man auch sehen, dass das eigentlich Nachtparkierer sind. Ich nehme an, viele Anwohner brauchen ihr Auto während des Tages, und nachts, wenn sie in ihren Wohnungen sind, steht das Auto eben auch draussen. Und das ist im Prinzip auch eine Nachtparkierkarte. Demzufolge, das ist ein kleiner Aufwand, hätte man meines Erachtens in Zukunft diese Anwohnerdauerparkierkarten getrennt ausweisen sollen von den Gebühren, die wir vornehmlich in den Kästen unserer Parkgebührenanlagen finden. Vielen Dank, dass Sie diese Anregung aufnehmen.

Investitionsrechnung

S. 118 Kultur, Sport, Freizeit

Riquet Heller, FDP/XMV: Zu den Einrichtungen, die wir im Freizeitsektor haben, die nicht hoheitlichen Charakter haben, habe ich eine grundsätzliche Frage. Es sind dies vorweg die beiden grossen Positionen Bootshafen und Camping. Meines Erachtens sind das rein gewerbliche Unternehmungen, wo die Stadt mit den Privaten konkurrenziert. Demzufolge sind die entsprechenden Erträge nicht zweckgebunden und wir können frei darüber verfügen. Das ist unser Geschäft. Ich meine auch, wir seien in der Festlegung der entsprechenden Mieten, die wir dafür von den Bootsbesitzern, den Campeuren und den Wohnwagenbesitzern erheben, frei. Infolgedessen können wir meines Erachtens auch frei bestimmen, wie hoch die Erträge sein werden, die wir so erwirtschaften. Und wenn wir von diesen Bootsbesitzern und diesen Campeuren viele Erträge erheben, wo wir auch eine private Konkurrenz haben, haben wir weniger Steuern einzutreiben. Was den Arabern das Gold ist uns unser See, nämlich unser Sportbootshafen und unser Campingplatz am See. Goldgruben, womit wir unsere unter anderem hohen Sozialausgaben wenn nicht finanzieren, so doch zumindest abfedern können. Es ist mir sehr wohl bewusst, dass nun der Einwand kommen wird, wir seien möglicherweise hier nicht frei in der Gestaltung der Tarife. Doch ich mache Sie darauf aufmerksam: Es ist keine hoheitliche Aufgabe, einen Campingplatz zu betreiben oder einen Bootshafen zu haben. Da sind wir freie Unternehmer. Demzufolge bitte ich Sie um Beantwortung der Fragen, ob wir nicht generell betreffend Bootshafen und betreffend Camping höhere Abgaben verlangen könnten, um unsere finanzielle Situation zu verbessern.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Natürlich sind wir grundsätzlich frei, was wir auf dem Campingplatz verlangen. Die Frage ist dann, ob wir dann auch noch Gäste haben, die auf den Campingplatz kommen.

Ich glaube, beim Campingplatz ist es wichtig, dass man sich auch einmal die Qualität des Platzes anschaut. Da gibt es ganz bestimmt Nachholbedarf, insbesondere bei den Sanitäranlagen.

Beim Bootshafen werden die Einnahmen nochmals hochgehen, weil die Einkäuferplätze, die bis in diesem Jahr noch keine Miete bezahlt haben, ab nächstem Jahr ebenfalls Miete bezahlen werden. Deshalb werden die Einnahmen im Hafen nochmals nach oben gehen. Auf der anderen Seite hat der Hafen auch Aufwände. Wir haben nachher das Geschäft mit der Ausbaggerung,

auch da wird schlussendlich der Steuerhaushalt belastet. Man muss beides betrachten. Wir sind ja auch daran, dass Hafengreglement zu überarbeiten und werden dann vermutlich mit dem Vorschlag kommen, eine Spezialfinanzierung für den Hafen zu machen, damit man diese Betriebe eben auch separat sauber darstellen kann.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Beim Hafen ist es noch ein bisschen anders. Die Fläche auf dem See gehört dem Staat Thurgau und es gibt ein Konzessionsverfahren. Das heisst, die Stadt Arbon kriegt eine Konzession zur wirtschaftlichen Nutzung und Zuführung des Sees, um Boote zu stationieren. Wir sind also da durchaus in einer hoheitlichen Aufgabe, wenn auch nur im Rahmen der Konzession, und wir sind da nicht frei. Notabene müssen solche sogenannte Eigenwirtschaftsbetriebe eigentlich in einer Spezialfinanzierung geführt werden, was bei uns ja nicht der Fall ist und somit die Erträge direkt in den Steuerhaushalt fliessen, was man auch diskutieren kann. So einfach ist es beim Bootshafen eben auch nicht.

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie sehen, das war ja genau meine Frage, nämlich ob das Spezialfinanzierungen sein müssen. Ob also der Hafen mit den Einnahmen und Kosten eine Kasse für sich sein muss und wir daraus keine Erträge für allgemeine öffentliche Zwecke erwirtschaften dürfen. Ob wirklich die Konzession für die Wasserfläche uns dermassen einschränkt, dass wir die Stege und die Landeinrichtungen, die wir haben, nicht benützen dürfen, um entsprechende finanzielle Mittel zu erwirtschaften. Bis anhin war das meines Erachtens so, dass sehr viele Erträge, die im Hafen erarbeitet wurden, nachher wieder für andere Sachen im hafennahen Bereich verwendet worden sind wie Abfallbeseitigung, Blumenschmuck usw. Das meine ich, sei ungenügend und es sei keine Spezialfinanzierung diesbezüglich zu errichten. Dasselbe für den Campingplatz. Die Campingleute haben es nicht gern, wenn sie im Wasser sind, die baden dort nur. Da ist im Baurecht der ganze Zeltplatz unserer, und ich meine, es sei nichts Asoziales, wenn man da Gewinne macht, wie das übrigens alle Privaten am See machen, namentlich auch die privaten Hafenbesitzer. Ich bitte Sie demzufolge, von Spezialfinanzierungen usw. abzusehen und diesbezüglich ein Geschäft zu machen, damit beide Institutionen für Arbon etwas einbringen. Namentlich für solche, die sich keine Wohnwagen und keine Boote leisten können, und das ist die Mehrheit.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Antrag 2 «Die Jahresrechnung 2023, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Arbon» wird einstimmig genehmigt.

Antrag 3 «Die Eröffnung einer Spezialfinanzierung Asylwesen Status S mit einer Einlage von CHF 686'105.10» wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Aufgrund der Ablehnung der Spezialfinanzierung erhöht sich der Ertragsüberschuss von CHF 1'269.418.57 auf CHF 1'955'523.57.

Antrag 4 «Der Ertragsüberschuss von CHF 1'955'523.57 wird dem Eigenkapital gutgeschrieben» wird mit 28 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon unterstehen diese Beschlüsse dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. 9 Mitglieder können das Behördenreferendum ergreifen. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechtsgültig. Ich frage Sie an, ob jemand das Behördenreferendum ergreifen möchte. – Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum. Dieses beginnt voraussichtlich nächsten Freitag mit der Publikation.

Ich bedanke mich beim Präsidenten der FGK Cyrill Stadler und allen Kommissionsmitgliedern für die wertvolle und intensive Arbeit.

3. Hafen Arbon, Aushub Hafeneinfahrt, Genehmigung Nachtragskredit in Höhe von CHF 414'000.00 Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde keine vorberatende Kommission eingesetzt.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich starte mit einer Vorbemerkung: Zuerst möchte ich mich entschuldigen für den Nachtragskredit zum Nachtragskredit. Das ist unschön und ich werde nachher, wenn wir aufzeigen, wie die Offerten sind, auch noch kurz darauf eingehen, was da passiert ist.

Ich möchte kurz ausführen, wie es zu dieser Botschaft gekommen ist. Wir haben im Investitionsbudget die Hafenausbaggerung schon mehrere Jahre lang budgetiert gehabt und haben das für 2024 und 2025 mit je CHF 200'000 budgetiert. D. h., das Parlament hat von diesem Geschäft schon Kenntnis gehabt und eigentlich dem Investitionsbudget auch schon zugestimmt. Wir haben dann in der Projektvorbereitung gesehen, dass das veranschlagte Budget zu tief war und dass die Umsetzung statt in zwei Jahren in einem Jahr möglich wäre. Dann hätte der Stadtrat zwei Optionen: Entweder wir budgetieren das noch einmal neu fürs nächste Jahr mit dem korrekten Betrag und realisieren es 2025, oder wir geben jetzt Gas und bringen Ihnen diese Nachtragskredite für 2024. Wir haben uns entschieden, den zweiten Weg zu gehen. Wir hatten auch Kontakt mit dem FGK-Präsidenten, um das möglichst vorher schon abzustimmen. Mir ist wichtig zu sagen, dass es uns nicht darum geht, dieses Geschäft durchzudrücken. Es geht darum, die Chance zu nutzen, eine der Pendenzen, die wir haben, abzuschliessen.

Nun zur Kostenschätzung: In der Kostenschätzung – das ist ein Fehler, der dem Ingenieurbüro passiert ist – fehlte ein wesentlicher Punkt, nämlich der Abtransport und die Entsorgung von Material mit Verschmutzungstyp E. Man ging nicht davon aus, dass man dieses Material im Hafen findet. Man hat im Hafen Proben genommen und kein solches Material gefunden, deshalb war es in der Kostenschätzung nicht enthalten. Zur Sicherheit hat man es dann trotzdem in die Offerte hineingenommen. Das sind schon mal CHF 275'000. Wenn man diese mitberücksichtigen würde, wäre die Differenz zwischen der Kostenschätzung und dem günstigsten Angebot wesentlich tiefer, nämlich etwa 24 %. Die wesentlichen Abweichungen zur Kostenschätzung liegen auch bei der Installation der Baustelle.

Ich möchte kurz zeigen, wo wir Differenzen haben, denn es gab im Vorfeld auch eine Diskussion, weshalb diese verschiedenen Angebote so stark unterschiedlich sind. Bei der Ausbaggerung gibt es bei den Tonnenpreisen tatsächlich grosse Unterschiede. Die verschiedenen Unternehmungen haben genau das gleiche Angebot, aber zu einem wesentlich unterschiedlichen Preis. Bei so grossen Unterschieden kann ich mir vorstellen, dass das auch für einen Ingenieur, der eine Kostenschätzung machen muss, relativ schwierig ist, mit einem guten Preis daherzukommen.

Ein wichtiger Punkt für mich ist auch noch, welche Risiken in diesem Projekt noch vorhanden sind. Bei den Preisen handelt es sich um Einheitspreise, diese sind fix. Es gibt ein Risiko im Bereich des Ausmasses des Aushubs, aber auch da weiss man sehr genau, wie der Perimeter ist und kann das daher gut abschätzen. Auch da ist das Risiko relativ klein. Der Entwässerungsgrad könnte unterschiedlich sein, ebenfalls könnte die Verteilung der Materialien unterschiedlich sein. Ich habe heute beim Ingenieurbüro nochmals nachgefragt, wie gross sie das Risiko einschätzen. Sie erachten es als sehr klein, vor allem auch dass wir mit dem Gesamtbetrag über mehr als CHF 1 Mio. kommen.

Für den Stadtrat war auch wesentlich, dass das Projekt ähnlich ist wie eine gebundene Ausgabe. Es ist keine gebundene Ausgabe, aber wir müssen diese Hafeneinfahrt früher oder später so oder so ausbaggern. Daher hatten wir das Gefühl, es wäre sinnvoll, wenn wir dieses Projekt möglichst in die Umsetzung bringen und Ihnen diesen Nachtragskredit vorlegen.

Wir möchten im August starten, damit wir in diesem Jahr noch fertig werden. Wenn das Parlament den Nachtragskredit heute nicht beschliesst, ist das nicht möglich. Ich möchte kurz erklären, was dann passiert, damit Sie auch hier die nötigen Informationen haben.

Die Angebote haben grundsätzlich eine Gültigkeit von sechs Monaten. D. h., wir hätten Zeit, bis Dezember zu entscheiden. Das wäre zum Beispiel kein Problem für eine Kommissionsarbeit. Die Ausführung ist aber terminiert auf den August. D. h., wenn wir es nicht in diesem Jahr machen, müsste man die Unternehmungen nochmals anfragen, ob die Preise auch für nächstes Jahr in diesem Ausmass gleichbleiben. Wenn wir nicht in diesem August starten, könnten wir theoretisch im nächsten Frühling starten. Dann ist aber das Problem, dass der Hafen dann mit diesem Aushubmaterial belegt ist. Im nächsten Frühling findet das Nautic Classics statt. Das würden wir nicht wollen und daher erst im August 2025 starten.

Ich denke, insgesamt würde es Sinn machen, wenn Sie heute dieser Botschaft zustimmen und uns grünes Licht geben, damit wir den nächsten Schritt machen können und bereits in diesem Jahr anfangen, den Hafen auszubaggern und das Projekt auch noch in diesem Jahr abschliessen können. Sie würden damit auch ein Zeichen setzen, dass die Mitarbeiter, die sich dafür eingesetzt haben, das Richtige getan haben und dass wir da vorwärtsmachen können.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Wir sind bereits komplett in die Detailberatung eingestiegen. Tatsächlich sind wir noch, zumindest wurde das von der Präsidentin so angekündigt, beim Eintreten. Entsprechend stelle ich im Namen und auftrags der FDP/XMV-Fraktion erstens einen Nichteintretensantrag und zweitens, es sei eine Kommission zu bilden. Und dann mache ich noch etwas ganz Ungewöhnliches, ich stelle als Drittes einen Eventualantrag. Eventualiter sei das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen.

Gleich vorweg möchte ich darauf hinweisen, dass ich ganz klar der Meinung bin, wir haben einen Antrag und eine Botschaft des Stadtrats und können meines Erachtens heute Abend umgehend zur Bildung einer Kommission kommen. An der letzten Sitzung – ich wurde darauf hingewiesen –, ging es offensichtlich um ein Geschäft, das via Büro ins Parlament gekommen ist und daher eine Schlaufe über den Stadtrat machen musste. Unglücklich dabei die Formulierung, es sei um eine Rückweisung gegangen. Man kann nichts zurückweisen an jemanden, der das nicht eingebracht hat, sondern es war eine Überweisung des Geschäfts an den Stadtrat, der bis dahin, nachdem das Geschäft aus dem Büro gekommen war, noch keine Stellung nehmen und keine Botschaft machen konnte. Deshalb ist es für mich ganz klar, wir können heute Abend die Kommission direkt bilden. Und zwar umgehend. Und die Kommission kann sich auch umgehend an die Arbeit machen. Wir machen das seit 20 Jahren so, das ist nichts Neues, wir haben die Botschaft. Und wenn ich sage, die Kommission kann ihre Arbeit machen, dann meine ich das im Sinne von ihrer parlamentarischen Aufgabe erfüllen und wahrnehmen.

Mindestens bis kurz vor einer Woche ging es um einen Nachtragskredit von CHF 414'000. Wenige Stunden vor den Fraktionssitzungen wurde danach geschoben, dass es doch wohl eher um CHF 675'000 geht. Ich muss schon sagen, hier noch von einer fundierten Botschaft zu sprechen, würde dem Begriff wohl eher spotten. Das Wort Nachtragskredit trägt es in sich. Da war vorher schon etwas, nämlich die budgetierten CHF 200'000, und damit geht es um ein Geschäft von total CHF 875'000. Das liegt noch in der Kompetenz des Parlaments. Es wurde schon angetönt, sollte ein weiterer Nachtragskredit vonnöten sein, der mehr als CHF 125'000 beträgt, muss das Geschäft ganz im Sinne der Einheit der Materie auch noch vors Volk. Und dann liebe Kolleginnen und Kollegen, und damit spreche ich Sie als Parlamentsmitglieder an, müsste man dann sagen, das Parlament hat das Geschäft einfach durchgewinkt und kann eigentlich auch nicht so recht erklären, warum es jetzt doch noch mehr kostet, ohne es zu prüfen, ohne die drei Offerten wirklich gesehen zu haben, ohne ihren genauen Inhalt zu kennen und ohne Wissen, was denn nun welche Offerte genau beinhaltet und wie die doch massiven Differenzen zu begründen sind. Wir haben vorhin bereits etwas gehört, ich habe es gesagt, wir sind wirklich direkt in die Detailberatung eingestiegen. Es macht keinen Sinn, das nun zu wiederholen, aber vielleicht hören wir nachher in der effektiven Detailberatung noch einmal etwas dazu.

Sie haben vor einiger Zeit deutlich erklärt, dass das Parlament wichtig sei, es solle Bestandteil des demokratischen Systems Arbon bleiben. Es ging dabei um die Frage, ob wir das Parlament abschaffen sollen oder nicht. Damit nehmen Sie Ihre Aufgabe aber auch ernst und erfüllen sie. Eine gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat ist wichtig, das Parlament ist aber nicht der verlängerte Arm des Stadtrats, sondern eine eigene Gewalt. Die Trennung der Gewalten heisst auch, dass wir nicht einfach durchwinken, sondern dass unsere Kommission das Geschäft auf Herz und Nieren prüft und dann mit einem entsprechenden Kommissionsbericht ins Parlament bringt. Eine zum x-ten Mal bemühte Dringlichkeit genügt schlicht und einfach nicht, um wichtige demokratische Prozesse auszuhebeln. Es mag sein, dass wir hier aufgrund meines Antrags noch etwas mehr erfahren, und ich möchte auch darauf hinweisen, dass dieser Antrag mit absoluter Sicherheit nicht die Arbeit der Verwaltung diskreditieren soll. Es ist aber einfach unschön, wenn das Pferd immer und immer wieder von hinten aufgezümt wird und es am Schluss heisst, dass Parlament muss jetzt heute Abend ohne weitere Prüfung entscheiden. Das ist nicht unsere Aufgabe. Man kann sich umgekehrt auch fragen, ob denn unsere Arbeit so wenig geschätzt wird, dass man die Meinung vertritt, das müsse nun einfach rasch rasch gehen. Ich sehe die materiellen Argumente, wir haben sie auch schon gehört. Aber wir müssen uns auch die Frage stellen, was unsere Aufgabe ist und wann wir diese Aufgabe tatsächlich einfach nicht erfüllen wollen. Meines Erachtens ist diese Hafenausbaggerung, die schon im Vorfeld bereits für einige Unruhe gesorgt hat, weil Zahlen nachgeschoben wurden, nicht das Geschäft, zu dem wir ohne Prüfung einfach Ja sagen können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie, die Kommission zu bilden und damit auch dem Nichteintretensantrag zuzustimmen.

Matthias Schawalder, SVP: Ich halte mich hier ein bisschen kürzer. Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche und detaillierte Botschaft zu diesem Geschäft. Unserer und auch meiner Meinung nach gibt es zu dieser Vorlage eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Wie bei jeder anderen grösseren Gemeinde am Bodensee gehört ein funktionierender Hafen zur Stadt dazu, und dass Strömungen und Wellenschlag Sedimente in den Uferbereich schwärmen, lässt sich nur schwer vermeiden. Dass etwas gemacht werden muss, ist unumstritten. Wir sind deshalb für Eintreten auf dieses Geschäft.

Noch etwas zu meiner Vorrednerin: Ich kann mir nicht vorstellen, was eigentlich der Nutzen ist oder mit welcher Erwartungshaltung man mit einer Kommission ins Rennen gehen würde. Was erhofft man sich damit an neuen Erkenntnissen zu gewinnen? Ich denke, die Anbieter dieser Offerten haben das geprüft, es wurde auch sicherlich vom Stadtrat geprüft, und ich gehe nicht davon aus, dass nach einer Kommissionsarbeit neue Offerten dieser Baufirmen ein attraktiveres Angebot bringen würden. Daher wird das Ganze wahrscheinlich nicht besser, wenn man es auf die lange Bank schiebt. Natürlich kann man es in der Kommission auseinandernehmen, aber wie gesagt, ich sehe da wirklich keinen grossartigen Mehrwert. Deshalb ist die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten und empfiehlt, diese Anträge abzulehnen.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Die Botschaft des Stadtrats sieht nun einen dringenden Handlungsbedarf beim Aushub der Hafeneinfahrt und beantragt einen Nachtragskredit in der Höhe von CHF 440'000.

Auch ich möchte noch ganz kurz zum Antrag von FDP/XMV Stellung nehmen. Ich muss sagen, dass ich die Argumente absolut nachvollziehen kann. Natürlich ist es so, dass wir mit dieser Botschaft als Parlament zeitlich unter Druck gebracht werden, das haben wir in unserer Fraktion auch so diskutiert. Das ist unschön. Dennoch sind wir der Meinung, dass wir als Parlament diese Dringlichkeit honorieren, da diese Botschaft jetzt da ist. Und wir wissen auch nicht genau, was es wirklich bringen würde, wenn wir das Geschäft in eine Kommission bringen würden. Aus diesem Grund ist die Fraktion Die Mitte/EVP einstimmig für Eintreten auf dieses Geschäft.

Linda Heller, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne möchte sich beim zuständigen Stadtrat und den Mitarbeiter*innen der Stadt, die dieses Projekt vorangetrieben haben, bedanken. Unsere Fraktion ist in ihrer Haltung gegenüber dem Geschäft gespalten. Etwa die Hälfte der Fraktion ist für eine Rückweisung oder eine Rückweisung und Kommissionsbildung, die andere Hälfte möchte dem

Stadtrat grünes Licht geben. Es ist unschön, einen Nachtrag zum Nachtrag behandeln zu müssen, und es ist ebenfalls unschön, dass das Geschäft so kurzfristig kam. Ja, das Vorgehen des Stadtrats ist zu kritisieren, aber inhaltlich scheint eine Kommission wenig beitragen zu können. Die Bestellung muss im Juni erfolgen, sonst kann nicht im August mit den Arbeiten begonnen werden. Die Frage ist, ob wir vorwärtsmachen mit den Investitionen oder ob wir eine zeitaufwendige und kostspielige Notbremse ziehen.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: An und für sich ist für uns die Dringlichkeit ersichtlich. Wir hätten eigentlich diesen Hafen lieber schon letztes Jahr als dieses Jahr ausgebaggert. Für uns etwas sonderbar ist, und da komme ich zurück auf den geforderten Mehrwert, wenn drei Unternehmer für ein und dasselbe Geschäft eine Offerte machen und einer etwas für CHF 800'000, der nächste für CHF 1.3 Mio. und der übernächste für CHF 1.6 Mio. offeriert. Eine Autobahnoffertstellung dieser drei Unternehmungen. In der ersten Botschaft des Stadtrats war diese Offertstellung in dem Ausmass nicht bekannt. Mich nähme schon wunder, wie es sein kann, dass für das absolut gleiche Geschäft die Offertstellungen dermassen weit auseinanderliegen. Wir bewegen uns hier in einem Geschäftskontext, der ausserhalb der Kompetenz des Stadtrats liegt. Wenn Offerten 2 und 3 am Schluss die Offerten sind, was es uns effektiv kostet, liegen wir auch ausserhalb der Kompetenz unseres Rats. Und nur ein einziger Unternehmer offeriert innerhalb unserer Kompetenzen. Das finden wir sonderbar, deshalb möchten wir gern einen Blick auf diese Offerten werfen. Wir haben absolutes Vertrauen, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung hier einen guten Job gemacht haben, aber wir kratzen hier an der Limite unserer eigenen Kompetenzen, und ich glaube, wir sind es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass wir nur über das entscheiden, was auch innerhalb unseres Kompetenzrahmens liegt. Deshalb möchten wir eine Kommission, die da nochmals draufschaut. Im kleinen Rahmen und in Ruhe. Das kann schnell passieren, Silke hat es erwähnt, diese Kommission könnten wir heute Abend bestücken und könnten in kleiner Arbeit diese Offerten ansehen und prüfen und an der nächsten Parlamentssitzung entscheiden. Besten Dank für Ihre Zustimmung zum Antrag von Silke Sutter.

Lukas Auer, SP/Grüne: Warum das Büro keine Kommission geplant hat, ist eigentlich nicht der Fehler des Stadtrats. Sondern es liegt in der Kompetenz des Büros oder jetzt in der Kompetenz des Parlaments. Ich möchte einige Punkte einbringen:

Die Firma Aquamarin Technologies AG hat ihren Sitz in Rümlang im Kanton Zürich, was über eine Stunde Fahrzeit von Arbon entfernt ist, offeriert eine halbe Million günstiger als die Firma Walo Bertschinger aus Herisau mit einer Fahrzeit von knapp 20 Minuten pro Weg. Oder gegenüber der Firma Strabag AG, die mit Niederlassungen in den Kantonen Thurgau und St. Gallen überall Standorte hat, ist die Firma Aquamarin immer noch über CHF 400'000 günstiger. Jetzt komme ich vielleicht als Gewerkschafter und frage mich, wie das denn geht. Ich kann es Ihnen sagen. Die Firma kann natürlich offerieren. Es gibt verschiedene Gründe, warum eine Firma nicht offerieren kann. Wenn sie keine Ressourcen haben, offerieren sie meistens höher. Man macht also einfach aus Anstand eine Offerte. Oder es kann an den Personalkosten liegen. Die Firma Aquamarin ist nicht wie die anderen beiden Firmen dem Landesmantelvertrag des Bauhauptgewerbes unterstellt. Das ist entscheidend, denn es bedeutet, die Mindestlöhne können bei dieser Firma variieren. Ich bitte Sie, unsere Pflicht als Parlamentarierinnen und Parlamentarier wahrzunehmen und hier eine Kommission zu bilden, welche diese Offerten genau anschaut. Vielleicht irren wir uns ja auch alle und diese Firmen haben einfach aus Trotz teurer offeriert. Aber ich möchte das sauber abgeklärt haben, denn ich möchte nicht, wie Silke und Cyrrill das gesagt haben, später in den Medien lesen, das Parlament hat das ohne Wenn und Aber durchgewinkt. Also lassen Sie uns unsere Aufgabe ernstnehmen. Ich denke auch, die Kommission kann Rank und schlank durchgehen und diese Offerten ziemlich schnell prüfen, damit man mit der Ausbaggerung dennoch bald beginnen kann.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich kann die Bedenken gut verstehen, ich hatte dieselben Bedenken ebenfalls. Schlussendlich ist es wichtig, dass die Ausschreibung sauber gelaufen ist. Wir haben klar definiert, welche Leistungen wir brauchen und was angeboten werden muss. Man muss hier vielleicht auch noch kurz sagen, wenn wir hier eine Botschaft behandeln, haben wir

normalerweise gar noch nicht ausgeschrieben. Wir würden das in einer normalen Kommissionsarbeit gar nicht sehen. Warum ist das so? Wir haben hier ein Modell einer rollenden Planung oder eines rollenden Projekts gemacht. Wir haben gesagt, wir haben die Kostenschätzung, wir fangen gleichzeitig mit der Ausschreibung an und haben jetzt die Resultate der Ausschreibung. Dass es hier Differenzen gibt, ist so. Schlussendlich müsste man die Unternehmer konkret fragen, woher diese Unterschiede genau kommen. Was definitiv der Fall ist, die Leistungen sind die gleichen.

Und dann noch zu Silkes Argument, das Parlament muss sich selber ernstnehmen. Natürlich. Ich habe es am Anfang schon gesagt. Es geht nicht darum, hier etwas schnell schnell am Parlament vorbeizuschleusen, sondern es geht darum, das Projekt voranzubringen. Bei diesem Projekt, habe ich das Gefühl, könnte man situativ wirklich sagen, man geht weiter. Beim nächsten Geschäft, beim EZO ja, bilden Sie eine Kommission, wenn Sie das Gefühl haben, man muss das genauer anschauen. Hier denke ich, wäre es von Vorteil, wir würden weitergehen.

Damit wir im August anfangen können, müssen wir Ende Juni die Vergabe machen. D. h., wir benötigen noch diese Woche einen Entscheid des Parlaments. Ich möchte hier nicht den Druck noch mehr erhöhen, ich möchte nur Klarheit schaffen, wie die Termine sind. Wenn wir heute eine Kommission bilden, dann findet das nicht statt. Dann macht man die Kommissionsarbeit und wir machen das Projekt nächstes Jahr. Das geht auch.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Erlauben Sie mir bitte einen kleinen Einschub. Ich denke, es ist vielleicht noch wichtig für die Entscheidung, ob man das Geschäft zurückweisen möchte oder nicht. Ich habe Erfahrungen im Hafenanbau, da gibt es einfach solche Unterschiede in den Offerten. Das hat mit dem belasteten Material zu tun. Man ging ursprünglich davon aus, dass das Material so belastet ist, dass man einen Teil davon im See verklappen kann. Man hat aber herausgefunden, dass man das nicht kann. Man muss das Material auf dem Hafendamm entwässern, bevor man es abtransportieren kann. Da gibt es schon Verfahrensunterschiede. Einige Unternehmen haben dieses Verfahren besser im Griff als andere und haben auch ein anderes Equipment. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Dann ist die Frage, auf welche Deponie man es bringt, wenn es entwässert ist und wo es wieder aufgearbeitet wird. Wenn die Anlage in Rüm- lang steht und der Unternehmer von Herisau kommt, fährt er mehr. Entscheidend ist also, wie das Material aufbereitet wird, wo es entsorgt wird und wo es deponiert wird. Man kennt das von kantonalen Richtplan. Es gibt Unternehmungen, die eigene Deponien haben und deshalb anders rechnen können als Unternehmungen, die auf Fremddeponien gehen und dafür mehr bezahlen müssen. Das sind genau die Unterschiede in den Kubaturberechnungen.

Abstimmung

Eintreten wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

Detailberatung

Kurt Boos, SVP: Trotz des Eintretens hat die SVP folgende Fragen an den Ressortleiter resp. den Stadtrat. Die aktuelle Situation und die Notwendigkeit der Arbeiten sind unbestritten. Wenn der Antrag zur Erhöhung des Kredits angenommen wird, stellen sich mir folgende Fragen:

1. Reichen die aktuellen, schwankenden Zahlen für das Vorhaben?
2. Wann erhalten wir die nächste Erhöhung?
3. Welche zusätzlichen Verteuerungen der Arbeiten bei Beginn im August fallen durch den erhöhten Pegelstand in diesem Jahr an?
4. Und wo liegen die Risiken, wenn wir das Geschäft auf das nächste Jahr vertagen und das ganze Vorhaben an die FGK übergeben anstelle einer Kommission?

Rudolf Daepf, SVP: Ich habe zwei Verständnisfragen. Macht die Firma Aquamarin es mit dem Saugbagger wie in Roggwil? Machen die von Strabag es mit dem Proto und Baggern? Baggern die von Walo? Wir haben den Hafen in Arbon etwa vor 20 Jahren schon einmal ausgebagert,

auch mit solchen Typs und Silos und Zentrifugen und solchen Sachen, und das mit etlichen Nachtragskrediten. Die Firma war auch ausserkantonale. Ich habe etwas Bedenken. Im Kanton Thurgau haben wir die Firma Geiges. Die sind Spezialisten. Und derjenige, der gute Arbeit macht, ist der Spezialist auf dem See. In Kreuzlingen haben sie auch den Hafen ausgebaggert. Wurde diese Firma, der Thurgauer Spezialist, auch angefragt? In Roggwil hat man auch eine Firma aus dem Kanton Zürich genommen. Wir durften das Material nur nachbearbeiten und haben festgestellt, dass alles von Mitarbeitenden mit ausländischen Nummernschildern im Unterakkord ausgeführt wurde. Ist es sicher, dass Aquamarin keine ausländischen Subunternehmen verpflichtet? Das wäre vielleicht eine Erklärung für die tiefen Kosten. Oder die hohen Kosten kommen dann vielleicht erst später wie vor vielen Jahren bei der Ausbaggerung des Hafens in Arbon.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Zu den Methoden: Alle drei Unternehmungen arbeiten mit Saugbaggern. Die einen würden mit zwei Baggern gleichzeitig arbeiten. Aber grundsätzlich arbeiten alle gleich. Bei der Entwässerung ist es so, dass ein Unternehmen das mit einer Zentrifuge machen würde, die anderen verwenden Geotubes. D. h., das Material wird auf dem Hafen dann zwischengelagert und da entwässert, was mehr Zeit in Anspruch nimmt. Deshalb ist es auch ideal, wenn man es im Herbst macht, weil es in den Winter hinein weniger stört als im Vorsommer.

In der Offerte des günstigsten Anbieters steht klar, dass er keine Subunternehmer vorgesehen hat. Daher kann ich auch diese Frage so beantworten.

Zu den Risiken: Ich habe das bei meinen Ausführungen zum Eintreten bereits erklärt. Die Kubatur ist gegeben. Natürlich kann es sein, dass dabei noch gewisse Abweichungen kommen, aber der Perimeter ist grundsätzlich bekannt. Die Entsorgungspreise pro Tonne sind gegeben. Es kann Verschiebungen geben beim Material von Typ A und Typ B. Da hat man aber Sondagen gemacht und geht aufgrund deren von diesen Materialverteilungen aus.

Bei der Entwässerung gibt es auch ein bestimmtes Risiko, dass das Material nicht gleich gut entwässert wird. Da trifft man Annahmen. Das Gewicht des Materials hat einen Einfluss auf die Tonnage, darin besteht auch ein gewisses Risiko.

Da war noch die Frage, ob man das beim aktuellen Pegelstand machen kann. Das ist kein Problem. Wir hätten ein Problem, wenn der Hafen überflutet wäre, dann könnten die Arbeiten nicht stattfinden. Aber solange der Hafen nicht überflutet ist und man das Material da abladen kann, können die Arbeiten normal durchgeführt werden.

In der Ausschreibung bereits berücksichtigt ist der Schiffsverkehrsverkehr. Die Unternehmungen können der Stadt dafür keine Mehrkosten verrechnen, weil das Schiff ab und zu anlegt. Ich denke, damit habe ich alle Fragen beantwortet.

Ulrich Nägeli, SVP: Der Nachtragskredit wurde uns vorgelegt, und wir sind jetzt in der Detailberatung. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Aufträge noch nicht vergeben, sondern erst die Offerten eingeholt worden sind. Wir haben jetzt diverse Empfehlungen erhalten, wie weiter evaluiert wird, wie dieses Projekt gestartet wird und mit wem dieses Projekt dann durchgeführt wird. Die Offerten sind unterschiedlich. Ich bitte den Stadtrat zu erklären, nach welchen Kriterien er bei der Vergabe der Aufträge vorgehen wird.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Selbstverständlich berücksichtigen wir hier verschiedene Faktoren. Zum Beispiel müssen die Unternehmen angeben, ob sie Lehrlinge ausbilden oder nicht. Sie müssen angeben, ob sie auf der ständigen Liste des Kantons sind oder nicht. Diese Faktoren kommen dazu.

Bei diesen grossen Preisdifferenzen wird es aber schlussendlich so sein, dass man den Auftrag beim günstigsten Unternehmer platzieren wird.

Mir ist gerade aufgefallen, dass ich die Frage noch nicht beantwortet habe, ob wir die Unternehmen in der näheren Umgebung angefragt haben. Wir haben die Unternehmungen nicht angefragt. Es handelt sich hier um eine Ausschreibung, auf die die Unternehmungen sich hätten bewerben können. Sie hätten eine Offerte eingeben können, das haben sie nicht getan. Daher erübrigt sich die Frage.

Riquet Heller, FDP/XMV: Schauen wir das doch einmal auf der Zeitachse an. Der erste Pfahl wurde im Budget geschlagen, das waren CHF 200'000 für die Ausbaggerung. Kurt Boos hat die Geschichte mit der früheren Ausbaggerung und den diversen Nachtragskrediten erwähnt. Man wusste also, dass das etwas Kostspieliges ist. Auch Rudolf Daepf hat darauf verwiesen, dass da Subunternehmer tätig sind usw. Ich werde das Gefühl nicht los, dass wir Daniel Bachofen für etwas verantwortlich machen, was er nicht aufgegleist hat. Er ist meines Erachtens nicht der politische Verantwortliche, der dieses Geschäft initiiert hat, sondern das war in der Legislaturperiode zuvor.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Wenn die Aufstockung auf die totale Summe von CHF 875'000 kommt und die Offertstellungen B und C bei CHF 1.3 Mio. bzw. CHF 1.6 Mio. liegen, ist es klar, dann kann Daniel Bachofen den Auftrag nur an die Firma vergeben, die das günstigste Gebot gemacht hat. Darüber müssen wir gar nicht mehr diskutieren.

Chiara Eugster, SP/Grüne: Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen und um eine zehnmünütige Pause vor der Abstimmung bitten, weil einige neue Informationen an uns herangetragen wurden und ich auch die Struktur der heutigen Sitzung als sehr schwierig wahrnehme, weil der Stadtpräsident im Publikum sitzt und ich als Parlamentsneuling gern kurze Rücksprache mit meinem Fraktionskollegen und -kolleginnen nehmen würde.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen angenommen.

Abstimmung

Der Antrag auf Einsetzung einer vorberatenden Kommission wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich denke, wir haben jetzt eine Pause gemacht, damit wir uns noch sortieren können, und wenn sich die Meinung noch ändert, dass man das noch einbringen kann. Wir stimmen jetzt zum zweiten Mal über eine Kommission ab, und ich habe das Gefühl, die Exekutive hat die Aufgabe, diesen See ausbaggern zu lassen. Es ist uns eigentlich allen klar, dass man diesen See irgendeinmal ausbaggern muss. Es ist die Aufgabe der Exekutive, das zu tun. Die Offerten wurden eingeholt. Jetzt wird nur darum gestritten, wie es gemacht wird, aber ich glaube schon, wir sollten jetzt Daniel Bachofen oder dem Stadtrat das Vertrauen schenken, dass sie diese Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen durchführen. Das ist eine Aufgabe, die am See halt alle zehn Jahre ansteht. Die Offerten setzen sich unterschiedlich zusammen. Vielleicht gibt es Firmen, die viele Aufträge haben und einen hohen Preis anbieten. Andere machen einen Kampfpriis, weil sie zu wenig Arbeit haben. Das gibt es und das gibt dann bei den Ausschreibungen eine Differenz, das ist auch normal. Ich glaube, wenn man den Auftrag über Kubatur und Aushub definiert, kann man diese Risiken auch noch eingrenzen. Das liegt ja im Ermessen des Stadtrats. Ich denke schon, wir sollten da ein bisschen mutiger sein und nicht nochmals eine Kommission bilden, wo dann wieder genau das Gleiche herauskommt, was wir jetzt besprechen. Sie müssen es ausführen und nicht wir.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

**4. Eissportzentrum Oberthurgau EZO, Betriebsbeitrag in Höhe von jährlich CHF 64'295.00 ab 1. Mai 2024 bis zum 30. April 2028
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung**

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde keine vorberatende Kommission eingesetzt.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Das Traktandum EZO kommt eigentlich alle vier Jahre, weil wir hier regelmässige Beiträge an das Eissportzentrum in Romanshorn leisten. Wir haben Ihnen die Botschaft zugestellt. Die letzte Botschaft habe ich noch als Parlamentarier mitberaten. Grundsätzlich hat das Büro entschieden, dass es hier keine Kommission gibt. Es ist aber Aufgabe des Parlaments zu entscheiden, ob es nötig ist oder nicht. Grundsätzlich möchte ich darauf nicht Einfluss nehmen, was Sie hier tun.

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich stelle gemäss Art. 37 einen Ordnungsantrag, dass auf dieses Traktandum nicht eingetreten wird und gleichzeitig eine vorberatende Kommission gebildet wird. Ich verzichte auf eine grosse Begründung. Leider konnte ich nach wie vor nicht nachvollziehen, warum das Traktandum EZO im Büro nicht auf der Liste traktandiert wurde. Im ersten Büroprotokoll fand ich dieses Traktandum nicht. Erst jetzt habe ich gesehen, dass es traktandiert ist. Warum das vom Büro so daherkommt, ist interne Sache. Wer es dann nachträglich noch auf die Traktandenliste gesetzt hat, mit oder ohne Nachfrage, ob eine Kommissionsbildung, ist ein anderes Thema.

Zur Begründung, warum ein Ordnungsantrag: Ich habe gesagt, ich gehe nicht weiter darauf ein. Man beachte bitte das Protokoll der 10. Sitzung der Legislatur 2019-2023 vom 29. September 2020 sowie das Protokoll der 14. Sitzung der Legislative vom 28. März 2021. Dort sind die Punkte drin, die immer wieder Anstoss zur Diskussion geben und eine Unklarheit hervorrufen. Daher bitte ich Sie, dem Nichteintretensantrag und gleichzeitig der Bildung einer Kommission zuzustimmen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegt ein Ordnungsantrag auf Bildung einer Kommission vor.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Ich habe noch eine Verständnisfrage. Das war mir bis anhin offensichtlich nicht bewusst. Ist es nicht so, dass das Büro im Vorfeld entschieden hat, dass keine Kommission gebildet wird? Oder konnte das Büro gar nicht darüber befinden, ob eine Kommission gegründet wird oder nicht? Ist das tatsächlich so? Dann möchte ich geklärt haben, wer denn entschieden hat, dass dieses Traktandum auf die Liste kommt und dass keine Kommission gebildet werden soll. Diese Frage hätte ich gern im Vorfeld geklärt.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich finde den Ordnungsantrag von Jakob Auer falsch gestellt. Man kann nicht einen Ordnungsantrag stellen, das Eintreten zu bestreiten. Entweder das Eintreten ist bestritten oder es ist nicht bestritten. Aber du hättest den Antrag, das Geschäft von der Traktandenliste zu nehmen, am Anfang der Sitzung stellen müssen, dann wären wir überhaupt nicht zu diesem Traktandum gekommen und dann müssten wir jetzt nicht wieder dieses Hin und Her beraten. Für mich ist jetzt Eintreten angesagt. Er sagt, Eintreten ist bestritten und er möchte es in eine Kommission geben. Darüber werden wir am Ende des Eintretens abstimmen. Das ist meine Meinung.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Da hast du recht, wir müssen erst Eintreten, dann kann man über den Ordnungsantrag einer Kommissionsbildung abstimmen. Bei der letzten Sitzung vor der heutigen Stadtparlamentssitzung haben wir die Traktandenliste angeschaut und haben zur Kenntnis genommen, dass das Traktandum EZO heute behandeln werden.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Natürlich haben wir im Büro diskutiert, ob wir eine Kommission bilden sollen oder nicht. Dieser Beitrag wird jeweils rückwirkend gesprochen. Was will die Kommission hier noch herausfinden? Diesen Beitrag können wir jetzt nicht ändern, denn es sind noch

elf andere Vertragsgemeinden dabei. Wir können zurzeit nichts aushandeln. Darum hat das Büro entschieden, dass wir zu diesen Beiträgen Ja oder Nein sagen. Sollten wir eine Änderung wollen, müssen wir das in den laufenden vier Jahren mit allen beteiligten Gemeinden diskutieren und hier im Parlament einen Vorstoss machen. Wir können heute nicht eine Kommission bilden, um das rückwirkend abzuklären.

Wenn wir Nein sagen und den Beitrag nicht bewilligen, stehen wir nicht unbedingt gut da. Wir haben bereits 2018 und 2021 über diesen Verteilschlüssel diskutiert. Wenn wir jetzt eine Kommission bilden, reden wir wieder über diesen Verteilschlüssel. Dies hat aber der Stadtrat 2020 anhand der Steuerkraft und der Einwohnerzahl mit rund CHF 4'000 berechnet. Wir können mit diesem CHF 4'000 nicht einverstanden sein, aber dann müssen wir es anders aufgleisen und den anderen elf Vertragsgemeinden sagen, wir machen nicht mehr mit.

Jakob Auer, SP/Grüne: Wir sprechen hier nicht über eine Kommissionsbildung, ja oder nein. Im Büroprotokoll vom 27. Mai ist dieses Geschäft nicht auf der verabschiedeten Traktandenliste des Büros. Und wenn das nachträglich und irgendwie gemacht worden ist, stellt sich die Frage von Silke, wer das gemacht hat und warum wir das nicht protokolliert erhalten haben und warum wir die Begründung nicht bekommen haben, warum das Büro die Kommission nicht will. Aber das ist eine Angelegenheit, die wir bürointern klären müssen.

Und zu Konrad Brühwiler: Letztes Mal habe ich das bei der Traktandenliste gemacht, weil das an das Büro zurückgewiesen werden konnte, aber damals kam die Botschaft nicht vom Büro, sondern vom Stadtrat, da musste ich eine Rückweisung an den Stadtrat beantragen. Ich habe nichts gegen die Botschaft, aber ich sage, bevor wir eintreten, bilden wir eine Kommission. Das ist mein Antrag. Und den stelle ich einleitend als Ordnungsantrag.

Ulrich Nägeli, SVP: Der Stein des Anstosses ist, dass uns das EZO damals schon zugesagt hat, dass wir eine Erfolgsrechnung erhalten und dass wir jährlich in dieser Erfolgsrechnung nachprüfen können, wie die Resultate sind. Diese Erfolgsrechnung wurde dem Parlament nie vorgelegt. Das ist eigentlich der Stein des Anstosses. Ich wäre jetzt eigentlich schon für Eintreten und in der Diskussion wäre ich dann dafür, dass wir in der Geschäftsprüfungskommission eine Kommission bilden können, die diese Erfolgsrechnung einmal anschaut. Christine Schuhwerk hat auch recht, wir befinden uns hier in einem Prozess. Wir haben uns für vier Jahre verpflichtet, diesen Beitrag zu leisten. Aber für die künftige Vereinbarung mit dem EZO wäre es wichtig, einmal die Erfolgsrechnung anzuschauen, damit wir wissen, wohin diese Gelder fließen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Wer das traktandiert hat, kann ich nicht sagen, der Stadtrat hat es nicht traktandiert. Das ist eine Frage, die das Büro klären muss.

Etwas möchte ich aber korrigieren. Es ist jetzt zweimal die Aussage gekommen, dass das rückwirkend ist und dass das so sakrosankt ist. Das ist nicht der Fall. Wir haben die Botschaft für 2024-2028 traktandiert. Für 2024 war der Betrag von CHF 64'000 im Budget für dieses Jahr bereits enthalten und wurde vom Parlament genehmigt. Wir wollen uns aber den Zyklus der Stadt Romanshorn anpassen, deshalb haben wir das von 2024-2028 in die Botschaft hineingenommen. Das hat nichts mit einem rückwirkenden oder schon bereits getätigten Geschäft zu tun. Denn dann wäre es tatsächlich zu spät und dann hätte der Stadtrat auch seine Kompetenzen überschritten.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Ich habe eine Verständnisfrage. Soweit mir bekannt ist, haben wir damals darüber diskutiert, sobald die Leistungsvereinbarung zwischen Romanshorn und dem EZO erneuert werden muss – das war etwa 2023, wenn ich mich nicht irre –, hätten wir eigentlich die Gelegenheit gehabt, über die neuen Beiträge von Arbon zu diskutieren. Wurde das überhaupt gemacht? Für 2024 haben wir es budgetiert, da können wir nichts mehr machen. Aber es spricht trotzdem nichts dagegen, dass wir jetzt eine Kommission bilden.

Konrad Brühwiler, SVP: Jetzt stelle ich einen Ordnungsantrag, dass wir mit dem Eintreten über dieses Geschäft diskutieren, die Fraktionssprecher und die übrigen Mitglieder zu diesem Eintreten sprechen lassen und das dann Schritt für Schritt machen. Darf ich bitten, über diesen Ordnungsantrag, jetzt das Eintreten zu machen, abzustimmen?

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Konrad Brühwiler wird mit 26 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Konrad Brühwiler, SVP: Die Fraktion SVP bedankt sich beim Büro des Parlaments für die vorliegende Botschaft zum Eissportzentrum Oberthurgau EZO. Eishockey ist zum Ganzjahressport geworden, und das EZO bietet genau dafür hervorragende Dienstleistungen an, die weit über die Region hinausstrahlen und geschätzt werden. Immer wieder sieht man Mannschaften aus Klotten im EZO trainieren. Ich hatte vor einiger Zeit sogar das Glück, NHL-Spieler wie Nico Hischier, Nino Niederreiter oder Kevin Fiala im EZO trainieren zu sehen. Das sieht man aber nur, wenn man hingeht. Das EZO ist wirklich eine Erfolgsgeschichte für die Region Oberthurgau und wird seit Jahren von vertrauensvollen Profis geführt.

Eishockey ist im Weiteren eine gute Alternative zum Fussball und kostet uns auf höchster Ebene wesentlich weniger am Steuergeldern für Sicherheitsmassnahmen im Fanbereich. Denn wenn ich sehe, welche Kosten von der Öffentlichkeit für Fussball-Superligue-Spiele getragen werden müssen, da bleibt mir manchmal nur das Kopfschütteln. Aber heute spielen wir, auf die Fussball-EM Rücksicht nehmend, nicht den Fussball gegen das Eishockey aus, sondern wir setzen ein Zeichen für den Sport und die Tätigkeit im Sport auf regionaler sowie auf nationaler und internationaler Ebene, und zwar im Breiten- wie auch im Spitzensport.

Ich habe beim Lesen der Botschaft festgestellt, dass die Berechnung des Betriebsbeitrags auf der Grundlage der Einwohnerzahl von 2010 aufbaut. Heute sind es rund 15'700, also 2100 Einwohnerinnen und Einwohner mehr. Meine Frage deshalb an den verantwortlichen Stadtrat: Warum wurde für den neuen Vertrag, der ja bis ins Jahr 2028 gilt, nicht auf die aktuell gültige Einwohnerzahl zurückgegriffen, was eine Erhöhung des Beitrags um rund CHF 10'000 bedeutet hätte.

Die SVP ist also für Eintreten, für die Detailberatung und die Beschlussfassung. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag von Jakob Auer abzulehnen. Wir haben neben der klaren Botschaft des Stadtrats auch die Leistungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Romanshorn und dem EZO betreffend Betrieb Eissportzentrum Oberthurgau bekommen. Die SVP steht für Transparenz auch in diesem Fall. Aber wir sind gegen die unnötige Verschleuderung von Ressourcen und Steuergeldern. Wir sind dagegen, dass eine fünfköpfige Spezialkommission gebildet wird, Termine gesucht und damit die Verwaltung beschäftigt und anschliessend Sitzungsgelder beansprucht werden und viel Zeit verlorenggeht. Wir sind wie gesagt für Transparenz und empfehlen der FGK, mit einer Subkommission mit drei Kommissionsmitgliedern die versprochenen Jahreskennzahlen zu prüfen und der FGK Bericht zu erstatten. Damit könnten wir heute die Detailberatung durchführen und den Beschluss fassen. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Antrag von Jakob Auer ablehnen und der FGK diese Kompetenz übertragen und wir nach der Eintretensdebatte zur Detailberatung und zur Beschlussfassung übergehen können.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich gehe nicht auf dein Spiel Eishockey gegen Fussball ein. Aber lieber Konrad, das ist ja genau das. Du willst Transparenz. Hier hat man uns versprochen, das hat Ulrich gesagt, er war selber hier, er gibt transparente Auskünfte, was er macht, wie er den Koffer voll Geld, den wir ihm jetzt vier Jahre lang schicken, ausgibt. Und jetzt sagst du hier, du willst Transparenz. Sorry, das ist ein bisschen Heuchelei von dir. Ich verstehe das überhaupt nicht. Uns hat man hier drin etwas versprochen, und er soll sich jetzt daran halten. Ganz einfach. Wer Geld von uns will, soll darlegen, wofür er es braucht. Das sind Steuergelder. Ich dachte, gerade eure Partei setzt sich so intensiv dafür ein, aber in diesem Fall ist das wohl nur auf nationaler Ebene so.

Diese Botschaft hätte viel früher kommen müssen, die hätte vor zwei Jahren schon kommen müssen. Man wusste, dass das nach vier Jahren ausläuft. Tut mir leid, dass ich das jetzt so sage, aber das ist nicht das Versagen des jetzigen Stadtrats, sondern desjenigen der vorherigen Legislatur. Übrigens heute schon die zweite Botschaft. Wir müssen jetzt aufhören, Fehler aus der alten Legislatur zu bereinigen. Ich bin mit Ulrich einverstanden, ich will wissen, wohin der Koffer voll Geld geht und was man damit macht. Es ist nicht ein Angriff gegen das EZO, sondern er soll transparent sein, und das sollte auch nicht so schwer sein. Wenn jemand sich bei mir für das Geld bedankt, mir aber nicht sagt, wofür er es ausgibt, frage ich, wofür er es braucht. Dann fangen die Fragen an. Wir hatten die genau gleiche Diskussion mit dem genau gleichen Argumenten schon einmal. Bitte verlangen wir jetzt die Transparenz und machen das und stimmen dem Antrag zu.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Die FDP/XMV-Fraktion begrüsst die regionale Zusammenarbeit und ist natürlich für Eintreten. Wir sind jedoch gegen die Bildung einer Kommission, da wir uns fragen, welche konkreten Ergebnisse damit erzielt werden können. Die rückwirkende Genehmigung des Betriebsbeitrags zeigt, dass die Botschaft vom Stadtrat früher hätte vorgelegt werden müssen, um auch die Möglichkeit zu haben, einen neuen Verteilschlüssel mit den anderen Vertragsgemeinden zu verhandeln. Zum aktuellen Zeitpunkt bleibt jedoch nur die Zustimmung zum Betriebsbeitrag vom 1. Mai 2024 bis Ende April 2028.

Dass wir das bereits zwei Mal diskutiert haben, habe ich bereits erwähnt. In Zukunft schlagen wir vor, den EZO-Beitrag mit einem Vorstoss nochmals zu diskutieren, das aber im Jahr 2027 und das heute für vier Jahre genehmigen.

Zur Aussage von Lukas Auer: Der Herr des EZO war hier, hat aber leider nicht versprochen, dass er uns das zeigt. Er sagte, er werde uns das nicht zeigen, er habe eine Leistungsvereinbarung mit Romanshorn und nicht mit uns.

Reto Neuber, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP ist einstimmig für Eintreten. Wir werden uns vorbehalten, in der Detailberatung noch einige Dinge anzumerken. Ich stelle immer wieder fest, dass das Eintreten mit der Detailberatung vermischt wird. Das ist extrem mühsam und für die Effizienz der Sitzungen sehr lästig.

Riquet Heller, FDP/XMV: Das Hauptproblem dieser Vorlage ist ja, dass wir hier in einen Vertrag mit etwa einem Dutzend anderer Gemeinden eingebunden sind. Wenn wir eine Einzelnummer tanzen wollen, wird das zur Folge haben, dass alle anderen Gemeinden da mitmachen müssen. Es ist für uns als Parlament unmöglich, ebenso für eine Kommission, mit all diesen Gemeinden zu verhandeln, nämlich dass wir etwas anderes wollen. Ich war vor drei oder vier Jahren in deiner Kommission Vizepräsident. Da wurde schon diskutiert, man solle einen anderen Verteilschlüssel erwägen, konnte das aber nicht mehr, sondern musste zwangsweise dem bestehenden Vertrag zustimmen. Es ging darum, dass man die Bevölkerungszahl, und zwar die aktuelle mit der aktuellen Steuerkraft multipliziert und dass dies der Faktor wird, um die Kosten zu verteilen. Schon damals wurde der Stadtrat beauftragt, entsprechende Verhandlungen mit den übrigen Vertragsgemeinden zu führen. Wurde das in den letzten drei Jahren gemacht? Oder wurde einfach geschlafen? Und jetzt sind wir wieder in derselben Situation, wo die Kommission feststellen müssen wird, dass wir eingebunden sind in einen Vertrag, den zehn oder zwölf andere Gemeinden bereits abgesegnet haben und wir keine Einzelnummer mehr fahren können. Demzufolge ist es eigentlich sinnlos, eine Kommission zu bilden. Christine Schuhwerk hat recht, wir können an der ganzen Geschichte nichts mehr ändern und wir können heute Abend beschliessen.

Abstimmung

Eintreten wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Jakob Auer auf Bildung einer Spezialkommission wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Detailberatung

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Wir haben schon gehört, das EZO ist ein wichtiges Puzzlestück im Sportangebot im Oberthurgau. Neben dem Winterwasser ist es einer der guten, funktionierenden Beispiele der regionalen Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus. Es deckt ganz klar ein wichtiges Bedürfnis an Sportangeboten in der Region ab. Und es ist auch klar, nicht jede Oberthurgauer Stadt kann sich ein eigenes Eissportzentrum leisten.

Wir haben es gehört, die Botschaft kommt relativ spät. Das Parlament hatte dem Stadtrat den Auftrag gegeben zu klären, ob es nicht möglich wäre, die Beiträge abhängig von der Steuerkraft zu gestalten. Die Klärung in der Regionalplanungsgruppe hat ergeben, dass die anderen Gemeinden nicht bereit sind, darüber zu diskutieren. Insgesamt muss man aber sagen, ist der Einfluss auf den Gesamtbetrag relativ klein. Wir sprechen von CHF 4'000 auf diese CHF 64'000 Jahresbeitrag.

Ich möchte noch kurz etwas zum Konstrukt dieser Leistungsvereinbarung sagen. Es ist so, Romanshorn als Stadt hat eine Leistungsvereinbarung mit dem EZO. Arbon hat keine vertraglichen Verpflichtungen mit dem EZO. Arbon hat auch keine vertraglichen Verpflichtungen mit Romanshorn, die bindend wären. Es gibt keinen Vertrag, der diese CHF 64'000 sakrosankt festschreiben würde.

Das Problem ist, wenn man den Beitrag mit den Beitragsgemeinden nachverhandeln wollte, müsste eigentlich die Initiative von Romanshorn aus kommen, denn Romanshorn bezahlt diese Leistungsvereinbarung in erster Linie. Arbon bezahlt einen Teil an Romanshorn und die geben das ans EZO weiter. Deshalb ist es für den Arboner Stadtrat eigentlich gar nicht möglich, mit den anderen Gemeinden in eine Verhandlung zu treten. Die Initiative müsste von Romanshorn kommen.

Was bezahlen wir mit diesen CHF 64'000? Die Hälfte wird für den Betrieb der Anlage verwendet. Somit gehen CHF 32'000 direkt von Romanshorn an die EZO AG. damit wird das Eis gefertigt, damit werden die Räume geputzt. Die zweite Hälfte ist für den grossen Unterhalt, d. h. für alle Installationen, die Unterhalt brauchen. Das macht die Stadt Romanshorn selbst. Die EZO AG selber schafft es über eine Kombination von Hotellerie, Gastro- und Preisangebot, das Zentrum für die Öffentlichkeit sehr günstig zu betreiben. Wenn man das mit der Eishalle in Kreuzlingen vergleicht, sieht man die Differenzen. Die EZO hat auch während Corona und nun auch während der Energiekrise unternehmerisch sehr flexibel reagiert und Massnahmen getroffen, um möglichst die Verluste gering zu halten. Das EZO hat also eine schwierige Zeit hinter sich, denn der Betrieb dieser Eisanlage ist sehr energieintensiv.

Sie haben entschieden, keine Kommission zu bilden. Das ist die Entscheidung des Parlaments. Ich bin überzeugt, dass dieser Beitrag von Arbon an den Eissport enorm wichtig ist. Es ist sehr wichtig, dass wir uns hier auch solidarisch zeigen mit den Gemeinden um uns herum. Deshalb möchte ich auch diejenigen, die eine Kommission bilden wollten, bitten, nicht das Kind mit dem Bad auszuschütten und schlussendlich noch den ganzen Betrag abzulehnen. Das wäre ein schlechtes Zeichen. Arbon profitiert auch von Ausgleichszahlungen im Thurgau, und es wäre taktisch sehr unklug, wegen diesen CHF 4'000, die man über die Steuerkraft vielleicht anders verschieben könnte, den Goodwill und die Solidarität im Oberthurgau zu gefährden. Besten Dank, dass Sie diesem Beitrag zustimmen.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Ich komme auch auf dieses Geschäft zurück und möchte auf die Interpellation vom 8. Mai 2018 von Felix Heller verweisen. Darin sind alle diese Themen und alle diese Fragen diskutiert. In dieser Interpellation wurde auch der Wunsch geäussert, den Verteilungsschlüssel neu zu verhandeln. Der Stadtrat damals, das war Andi Balg, hat diese Interpellation beantwortet und das zugesichert, dass man das bei der nächsten Möglichkeit machen werde. Wurde das gemacht? Wurde das jetzt beim ablaufenden Vertrag 2023 gemacht? Ich war in der Kommission dabei, da wurde über die genau gleichen Argumente und Probleme diskutiert wie heute. Sprich, in Perioden von knapp vier Jahren sprechen wir immer die gleichen Themen. Wo liegt eigentlich denn hier das Problem? Wir alle stehen hinter diesem EZO und alle finden, dass das in der Gegend verankert ist. So auch ich. Aber ehrlich gesagt sind diese Diskussionen extrem müssig. Einzig, was mich persönlich beschäftigt und auch ein bisschen befremdet, dass wir im Nachhinein Dinge diskutieren, die wir eigentlich vorher diskutieren und behandeln müssten. Wir sind jetzt einfach hier als Parlament gezwungen, Ja zu sagen und können gar nichts anderes sagen. Wir haben keinen Vertrag, es gibt keine Leistungsvereinbarung, nur eine zwischen Romanshorn und dem EZO. Folglich können wir als Parlament eigentlich nur jedes Jahr Ja oder Nein zu einem Budget sagen. Das können wir. Alles andere können wir gar nicht tun. Oder sehe ich das falsch? Ich bitte daher um eine kurze Stellungnahme von Daniel Bachofen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Grundsätzlich könnte das Parlament diese Zahlungen kürzen. Man könnte sagen, man bezahlt nur noch die Hälfte. Man könnte auch sagen, wir bezahlen nur noch CHF 60'000. Das Problem hinter dem ganzen Konstrukt ist, man hat ein Eissportzentrum im Oberthurgau, aber es gibt keine über die Gemeinden organisierte Betreiberorganisation. Es gibt kein Gefäss, wo man das diskutieren kann. Vielleicht kann der Stadtpräsident noch zu den Diskussionen in der Regionalplanungsgruppe Stellung nehmen. Die ist eigentlich nicht zuständig für das EZO, aber es ist die einzige Gruppe, wo diese Gemeinden zusammenkommen, deshalb hat er das Thema dort zur Sprache gebracht. Aber die Gruppe ist nicht verantwortlich für das EZO. Die Gemeinde Zihlschlacht ist mittlerweile in einem anderen Bezirk. Diese Gemeinde bezahlt nicht mehr, Romanshorn erlebt damit, dass diese Beträge nicht mehr kommen und schiesst sie aus der eigenen Kasse ein. Eigentlich ist Romanshorn im Lead und müsste hier aktiv werden. Ich hoffe, dass wir in Arbon uns solidarisch zeigen und uns an das halten, was da vereinbart worden ist. Wir könnten auch darüber beschliessen, dass wir mehr bezahlen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Tatsächlich ist die Situation aus meiner Sicht als Neuling in dieser Region ein bisschen Verfahren. Wir haben in der Regionalplanungsgruppe tatsächlich schon zwei oder drei Mal unter allen Gemeindepräsidenten diskutiert, wie wir in Zukunft generell mit diesem Thema umgehen sollen. Das betrifft auch das Thema Hallenbad. Da gibt es klare Meinungen, auch von mir. Solche Dinge muss man über einen Zweckverband lösen, wo man zu Beginn die Regeln festlegt und die Gemeinden offiziell zustimmen, und man nachher Verträge macht. So läuft es zum Beispiel auch in Wil, wo solche Anlagen gemeinsam betrieben werden. Es ist klar, alles was Kalt- oder Warmwasser hat, ist über Eintrittsgelder nicht finanzierbar, da muss die öffentliche Hand Beiträge leisten. Dummerweise hat man diesen Abzweiger irgendwann verpasst, und es ist jetzt wirklich schwierig. Die Regionalplanungsgruppe per se hat einen Raumplanungsauftrag und ist nicht ein Vehikel, das gemeindehoheitliche Aufgaben zuordnet und hat auch keine hoheitliche Gewalt, sondern ist ein Planungsgremium. Aber selbstverständlich versucht man da, Interessen der Region zu vertreten. Es ist im Moment eine schwierige Situation. Es gibt Leute wie Roger Martin und ich, die sich für einen Zweckverband einsetzen, damit man das ein für alle Mal klar regeln kann. Auch für Romanshorn ist die Situation sehr ungemütlich. Sie nehmen vermutlich bald grössere Beträge für Feuerschutzsanierungen in die Hand, das bezahlt alles der Steuerzahler von Romanshorn. Da ist man natürlich sehr dankbar, wenn auch die Stadt Arbon mindestens einen kleinen Beitrag bezahlt. Aber das Problem muss angegangen werden, da sind wir in der Regionalplanungsgruppe nach wie vor im Strategieprozess in den Diskussionen.

Konrad Brühwiler, SVP: Mir fehlt noch die Antwort aus der Eintretensdebatte, als ich gefragt habe, warum der Betriebsbeitrag auf der Basis der Grundlage der Einwohnerzahl von 2010 beruht. Würde er auf der Basis 31. Dezember 2023 beruhen, während das neu CHF 74'770, also rund CHF 10'000 mehr. Gilt auch bei den anderen Vertragsparteien die Basis 2010?

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Gemäss meinem Wissen – ich habe Roger Martin extra noch gebeten, mir die Liste zu geben –, ist es so, dass alle die ursprünglichen Beiträge bezahlen. Ich habe nicht ein Interesse, dass wir den Betrag grundsätzlich hochschrauben. Ich finde, man muss das unter diesen Gemeinden sauber und solidarisch lösen. Aber wie gesagt, da ist Romanshorn im Lead und müsste dieses Thema angehen. Ich finde es aber trotzdem wichtig, dass wir unseren solidarischen Beitrag, halt eben auf der Basis von 2010, weiterhin bezahlen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Das ist genau die Thematik. Wir haben diese Vorlage 2018 schon einmal diskutiert. Und bei uns links wie rechts ist dieser Verteilschlüssel mit dem Giesskannenprinzip über die Einwohner nicht gut angekommen. Wir haben damals verlangt, dass das bei der nächsten Gelegenheit neu ausgearbeitet wird, dass es einen Verteilschlüssel gibt zwischen den Gemeinden, der nicht nur die Einwohnerzahl berücksichtigt. Du bist ein armer Kerl, denn du hast das von deinen Vor- und Vorgängern übernommen, und irgendwie scheint diese Message aus dem Parlament nicht mehr im Schwarmwissen des kollektiven Stadtrats vorhanden zu sein. Bei uns im Parlament ist dieses Schwarmwissen aber noch vorhanden, und wir haben uns eben ziemlich geärgert, dass jetzt wieder eine Vorlage ins Parlament kommt, die wieder nur an diesem Verteilschlüssel pro Kopf aufgehängt ist. Das hat uns gestört. Wir haben dann gesagt, wir machen einfach eine Protestnote, deponieren das, das hat Christine Schuhwerk für uns gemacht. Ich würde schon auch wünschen, wenn das 2028 ausläuft, dass man jetzt die Zeit bis 2028 nutzt, auf Romanshorn zugeht und sich bemüht, eine neue, bessere Verteilung zu erreichen. Die Argumentation hier im Stadtparlament – ich kann es noch hören – war beim letzten Mal genau dieselbe: Wir können uns jetzt ja nicht unsolidarisch zeigen und aus diesem Projekt aussteigen. Was macht das dann für einen Eindruck, wenn wir uns in der Region nicht solidarisch zeigen? Es sind jetzt wieder sechs Jahre ins Land gezogen, und gemacht haben wir nichts.

Reto Gmür, BFA: Das scheint wirklich ein Problem zu sein mit diesen Beiträgen. Wir hätten es aber schon in der Hand, da Verhandlungen zu treffen. Wir könnten jetzt diesen Beitrag einfach nicht sprechen, dann wäre Romanshorn gezwungen, mit Arbon und anderen Gemeinden sich an einen Tisch zu setzen und neu zu verhandeln. Wenn wir jetzt ein Zeichen in diese Richtung setzen, dann muss Romanshorn an den Tisch kommen, und dann haben wir die Möglichkeit, neu zu verhandeln.

Lukas Auer, SP/Grüne: Gregor Müller, der Geschäftsführer des EZO, war letztes Mal auf Druck des Parlaments hier. Denn wir wollten wissen, was der liebe Herr Müller mit dem Koffer voll Geld macht. Er hat uns das Blaue vom Himmel herunter versprochen. Der damalige Stadtpräsident sowie der damals zuständige Stadtrat hat uns mehr Transparenz versprochen. Ich gebe Cyrill Stadler nicht immer recht, aber hier muss ich ihm Recht geben, man hat uns einfach wieder verarscht. Tut mir leid für diese Wortwahl. In vier Jahren, wenn diese Diskussion das nächste Mal aufkommt, bin ich sicher nicht mehr im Parlament. Aber ich möchte meinen Nachfolger nicht in vier Jahren wieder das Gleiche diskutieren lassen. Das ist verschwendete Zeit. Ich erwarte jetzt vom Stadtrat Transparenz und dass er sagt, jetzt ist fertig, wir wollen einen anderen Verteilschlüssel. Das EZO steht in Romanshorn und nicht in Arbon, das macht es vielleicht auch noch ein bisschen schwieriger, dass wir es nicht sehen, aber einen Beitrag bezahlen. Dann ist da in meinen Augen die fehlende Transparenz, dann möchte man die Gelder lieber nicht mehr sprechen. Aber ich verstehe auch, dass wir die regionale Unterstützung bieten müssen. Ich denke, wir müssen klar sagen, wir bezahlen nicht wenig. Und wenn wir viel bezahlen, haben wir auch ganz klare Rechte. Da erwarte ich vom Stadtrat, dass er das nicht nur einmal, sondern jedes Mal einbringt und sagt, irgendwann müsst ihr damit rechnen, dass das Stadtparlament sagt, wir bezahlen nichts mehr. Was dann passiert, wissen wir alle. Es gibt eine mediale Schlacht, was wir sicher nicht wollen. Aber wo ist dieser Gregor Müller heute Abend? Nicht da. Sehr gut, ein sehr gutes Zeichen.

Ich erwarte hier endlich einmal Erfolge, was diese Verhandlungen angeht, damit nicht mein Nachfolger in vier Jahren dasselbe Skript herunterlesen muss.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wie schon erwähnt, wir haben eine Verpflichtung und bezahlen gegenüber Romanshorn. Ich kenne diesen Gregor Müller nicht einmal, er interessiert mich auch nicht. Romanshorn hat das Problem. Ich wiederhole es hier, Romanshorn ist bemüht, eine neue Regelung zu finden. Wir haben es in der Regionalplanungsgruppe nun schon zwei Mal angesprochen, aber dazu müssen die anderen Gemeinden auch bereit sein. Wir sind dran. Und ich glaube, es ist das oberste Interesse von Romanshorn, eine schlaue Regelung zu finden. Nochmals: Auch wenn man ein Hallenbad bauen möchte oder wenn man in der Region sonst etwas macht, muss man ein Gefäss finden, wo man am Anfang schon die Regeln definiert, sei es über Einwohner oder Steuerkraft, aber das ist nicht so einfach. Denn es gibt kleine Gemeinden, die sagen, das geht uns am Arsch vorbei. Das sind schwierige Diskussionen, aber ich kann Ihnen versichern, die haben im letzten Jahr stattgefunden. Daniel Bachofen kann das bestätigen. Wir haben das schon wahrgenommen, daher haben wir eine Botschaft geschrieben, um es aufs Tapet zu bringen. Es beschäftigt uns. Es ist nicht so, dass wir einfach Vogel Strauss machen.

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich habe noch zwei Fragen, die noch nicht beantwortet sind. Der Stadtpräsident hat gesagt, wir haben keine Leistungsvereinbarung mit dem EZO. Eine Leistungsvereinbarung mit dem EZO hat Romanshorn. Wenn man die Worte von Stadtrat Daniel Bachofen hört, dass Unterhaltsarbeiten, Brandschutzmassnahmen usw. anstehen, was hohe Kosten verursacht, besteht die Möglichkeit, das sieht man in der Leistungsvereinbarung auf der dritten Seite, dass diese Vereinbarung seitens Romanshorn jährlich gekündigt werden kann. Als Beispiel für einen wichtigen Grund: Ablehnung von betriebsnotwendigen Grossreparaturen oder Ersatzbeschaffungen für die Stimmbürger der Stadt. Wenn das EZO nun grössere Investitionen tätigt und die Romanshorer Stimmbürger Nein sagen, was macht dann Arbon? Beahlt Arbon weiterhin jedes Jahr die CHF 64'000?

Beim zweiten Punkt bin ich vielleicht ein bisschen kritisch. Der Stadtrat beantragt hier einen Beitrag an das EZO. Aber wir bezahlen den Beitrag nicht an das EZO, wir bezahlen den Beitrag an die Stadt Romanshorn.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich habe mein Kleinhirn hier. Da steht noch, was ich als Vorbereitung für deine Kommissionssitzung gemacht habe, nämlich eine Ausarbeitung, wo die damaligen Einwohnerzahlen mit der Steuerkraft multipliziert wurden. Bei uns macht das tatsächlich wenig aus, denn wir sind ja viele. Dann ist die Steuerkraft nicht so entscheidend. Aber für andere Gemeinden wie zum Beispiel Horn wären das gleich 40 % mehr. Beispielsweise für Uttwil ebenfalls markant mehr. Störend ist auch, dass diese Vereinbarung, über die wir heute beschliessen, auf alten Einwohnerzahlen beruht. Selbstverständlich hat Arbon heute mehr Einwohner, die anderen Gemeinden aber auch, und proportional vielleicht noch viel mehr als Arbon. Wenn wir 2000 Einwohner mehr haben, dann ist das vielleicht ein Siebtel, hingegen die anderen haben 15 % mehr Einwohner und noch mehr. Und die Steuerkraft hat sich auch wesentlich geändert. Wir stellen fest, dass wir eher eine sinkende Steuerkraft haben. Was können wir in den Vertragsverhandlungen machen gegenüber diesen kleinen Gemeinden, die uns auf der Nase herumtanzen und den Schlüssel nicht geändert haben wollen? Wir bezahlen 25 % der ganzen Kosten, wir sind also nicht eine Kleinigkeit. Wenn wir Nein sagen, dann ist ein erhebliches Problem bei Romanshorn. Wir bezahlen absolut gesehen mehr als Romanshorn, das den Betrag noch verdoppelt hat. Die Verdoppelung des Romanshorer Betrags bewirkt nicht, dass die mehr bezahlen als wir. Jetzt kommt es aber zur Politik. Wenn wir das ablehnen, und ich bin sehr für die Zusammenarbeit und den Frieden in der Region, dann wird das wahrscheinlich in den Medien schon noch kolportiert. Andererseits finde ich es einfach nicht richtig, dass die kleinen Gemeinden sich diesbezüglich nicht solidarisch zeigen und bei einem solchen Vertragskonstrukt einfach nicht nachgeben. Ich meine, es sei Politik, ob wir dem nun zustimmen und die Kröte schlucken, oder ob wir sagen: Nein, so nicht weiter. Wir haben die Kröte zwei Mal geschluckt, jetzt wäre es das dritte Mal.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich nehme nochmals Stellung zu den offenen Fragen. Falls tatsächlich das Eissportzentrum nicht weiter betrieben wird, dann würde ich davon ausgehen, dass die sinnvolle Antwort des Arboner Stadtrats wäre, dass wir das dann auch nicht bezahlen. Denn für was würden wir denn etwas bezahlen?

Ja, es steht EZO Eissportzentrum Oberthurgau, aber es steht nur genau das da, denn für das bezahlen wir schlussendlich etwas. Wir bezahlen es nicht direkt an die EZO Eissportzentrum Oberthurgau AG, was ein Unterschied ist. Man könnte das vermutlich noch präziser formulieren, das nehme ich zur Kenntnis. Wir können das dann in der nächsten Botschaft genauer sagen. Aber ich habe schon relativ klar versucht zu erklären, wie die Mechanismen laufen.

Romanshorn bezahlt CHF 90'000 und Romanshorn bezahlt auch die ganzen Abschreibungen und den Unterhalt. Romanshorn bezahlt wesentlich mehr als Arbon.

Ich verstehe die Diskussion schon und ich als Sozialdemokrat könnte mir gut vorstellen, dass ein steuerkraftbereinigter Beitrag für Arbon von Vorteil ist. Das ist meine persönliche Meinung, nicht die des Stadtrats. Aber wir diskutieren hier jetzt schon relativ lange über CHF 4'000. Wir diskutieren hier wirklich etwas klein klein. Man muss das Problem lösen, das Problem kann aber nicht hier im Parlament gelöst werden. René Walther hat angedeutet, in welche Richtung es gehen muss. Arbon kann das nicht allein machen. Ich war bei der letzten Diskussion hier im Parlament und habe mich schon daran erinnert, wie die Diskussion damals gelaufen ist. Ich bitte nochmals, schütten wir das Kind nicht mit dem Bad aus. Das EZO ist ein Wert für den Oberthurgau. Es kommen Leute hierher aus anderen Regionen der Schweiz, NHL-Spieler wurden genannt. Es wäre wirklich schade, wenn wir hier eine negative Antwort aus Arbon geben würden.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Auch nach Rückfrage von anderen Fraktionen stelle ich den Ordnungsantrag, dass die Traktanden 5, 6 und 7 auf die nächste Sitzung zu verschieben seien. Es ist bereits 22:10 Uhr. Ich hatte ursprünglich vor, mit diesem Antrag so früh zu kommen, dass wir um 22:00 Uhr fertig sind. Das ist selbstverständlich nicht mehr möglich. Aber ich denke, wir müssen einige Geschäfte verschieben, denn sonst wird das eine überlange Sitzung. Es gibt in den Annalen eine Sitzung, die bis Mitternacht gedauert hat und wir haben uns damals alle geschworen, dass das nicht mehr passiert. Deshalb mein Ordnungsantrag. Ich bin aber ganz klar der Meinung, dass wir die Wahlen in der gebotenen Kürze heute noch machen sollten, damit die Kommissionen wieder vollständig sind und in vollständiger Besetzung wieder arbeiten können. Ich bedanke mich für die Annahme dieses Antrags.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Silke Sutter Heer wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Die Traktanden 5, Strategische Planung Stadt Arbon, Antrag zur Bildung einer ständigen parlamentarischen Raumplanungskommission, 6, Motion "Anpassung Beitrag an Vereine für Kinder- und Jugendarbeit" von Lukas Auer, Fabio Telatin, beide SP, Esther Straub, Die Mitte, Reto Gmür, BFA, Isabelle Fuchs, FDP, und Ueli Nägeli, SVP und 7, Postulat "Stressfreie und ungefährliche Zugänge beim Schwimmbad Arbon", von Reto Gmür, BFA, und Lukas Auer, SP, werden auf die kommende Sitzung verschoben.

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich mache das Mass mit den Ordnungsanträgen noch voll. Wir haben nun die Traktandenliste gekürzt, ich beantrage eine weitere Kürzung. Der Ordnungsantrag lautet, die Wahlen in den Traktanden 8 bis 14 in globo durchzuführen, und die Wahlen in den Traktanden 15 und 16 einzeln durchzuführen, weil diese Personen vorgestellt werden müssen.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Jakob Auer wird einstimmig angenommen.

Abstimmung

Die nachfolgenden Traktanden 8 bis 14 werden in globo wie vorgeschlagen mit 27 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt.

8. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, Restlegislatur 2023-2027

Aufgrund des Rücktritts von Irena Noci, SP, gilt es, eine Nachfolge in die Kommission zu wählen.

Zur Wahl wird vorgeschlagen: Michael Zwahlen, SP

9. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Redaktionskommission, Restlegislatur 2023-2027

Aufgrund des Rücktritts von André Mägert, XMV, gilt es, eine Nachfolge in die Kommission zu wählen.

Zur Wahl wird vorgeschlagen: Christoph Seitler, XMV

10. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Redaktionskommission, Restlegislatur 2023-2027

Aufgrund des Rücktritts von Felix Heller, SP, gilt es, eine Nachfolge in die Kommission zu wählen.

Zur Wahl wird vorgeschlagen: Michael Zwahlen, SP

11. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Redaktionskommission, Restlegislatur 2023-2027

Aufgrund des Rücktritts von Matthias Schawalder, SVP, aus der Redaktionskommission gilt es, eine Nachfolge in die Kommission zu wählen.

Zur Wahl wird vorgeschlagen: Konrad Brühwiler, SVP

12. Wahlen, Ersatzwahl; Präsidium Redaktionskommission, Restlegislatur 2023-2027

Aufgrund des Rücktritts von Felix Heller, SP, gilt es, eine Nachfolge ins Präsidium der Kommission zu wählen.

Zur Wahl wird vorgeschlagen: Konrad Brühwiler, SVP

13. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Einbürgerungskommission, Restlegislatur 2023-2027

Aufgrund des Rücktritts von Ueli Nägeli, SVP, aus der Einbürgerungskommission gilt es, eine Nachfolge in die Kommission zu wählen.

Zur Wahl wird vorgeschlagen: Kurt Boos, SVP

14. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied vorbereitende Parlamentarische Kommission Totalrevision Gemeindeordnung

Aufgrund des Rücktritts von Irena Noci, SP, gilt es, eine Nachfolge in die vorbereitende Kommission zu wählen.

Zur Wahl wird vorgeschlagen: Chiara Eugster, SP

15. Wahlen, Ergänzungswahl; Mitglied Wahlbüro Rücktritt: Alfred Saam, SP

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Alfred Saam teilt mit Schreiben vom 30. April 2024 seinen Rücktritt aus dem Wahlbüro per 30. Juni 2024 mit. Es gilt, den Sitz der SP im Wahlbüro neu zu besetzen. Die SP unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Wahlvorschlag: Adelheid Feuerle, wohnhaft Turnhallestrasse 2, 9320 Arbon, geboren am 14. September 1956.

Linda Heller, SP/Grüne: Viele von ihnen werden Heidi Feuerle bereits kennen. Seit 1979 ist sie in Arbon wohnhaft und engagiert sich für die Gemeinschaft. Heidi Feuerle arbeitete als Sozialpädagogin. Von 1988-2008 hat sie zusammen mit ihrem Mann Werner Feuerle das Kinderhaus Arbon geleitet. Heute ist sie mit 67 Jahren pensioniert, ist verheiratet und hat zwei Töchter. Heidi Feuerle arbeitet ehrenamtlich im Brockenhaus Altstadtflorhmarkt, wo sich viele Frauen mit Herzblut engagieren und in dem der gesamte Erlös an wohltätige Organisationen gespendet wird. Ich empfehle Ihnen, Heidi Feuerle ins Wahlbüro der Stadt Arbon zu wählen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es Erweiterungen oder Wortmeldungen dazu? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl offen ab.

Abstimmung

Adelheid Feuerle wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Ich gratuliere Adelheid Feuerle herzlich zur Wahl und bedanke mich jetzt schon für das Engagement zugunsten der Stadt Arbon.

16. Wahlen, Ergänzungswahl; Mitglied Wahlbüro Rücktritt: Samra Ibric, FDP:

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Samra Ibric teilt mit E-Mail 26. April 2024 ihren sofortigen Rücktritt aus dem Wahlbüro mit. Es gilt, den Sitz der FDP im Wahlbüro neu zu besetzen. Die FDP unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Wahlvorschlag: Kim Meissner, wohnhaft Rossweidstrasse 9a, 9320 Frasnacht, geboren am 2. Juni 2004.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Kim Meissner ist eine 19-Jährige. Sie studiert an der Universität St. Gallen Rechtswissenschaften. Sie war bisher noch nicht politisch aktiv. Kim hat uns kontaktiert, weil sie über eine Kollegin vom Wahlbüro Kenntnis erhalten hat und sich dafür interessierte. Da unser Kontingent ausgeschöpft war und wir von Jungen, die sich selber auf ein Amt bewerben, eingehen wollten, ist unsere Parteipräsidentin Samra Ibric aus dem Wahlbüro ausgetreten, um

der jungen Kim Platz zu machen. Wir empfehlen Ihnen Kim zur Wahl und danken für Ihre Zustimmung.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gibt es Erweiterungen oder Wortmeldungen dazu? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl offen ab.

Abstimmung

Kim Meissner wird einstimmig als Wahlbüromitglied gewählt.

17. Agglomerationsprogramm St. Gallen-Bodensee 3. Generation – St. Gallerstrasse Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK), Sanierung und Aufwertung der St. Gallerstrasse, Webschiffkreisel bis Fallentürlibach im Betrag von CHF 585'470.00 Wahl 7er-Kommission

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Das Büro hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese parlamentarische Kommission: Kurt Boos, SVP José Franco, SP/Grüne, Teoman Kengir, SP/Grüne, Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP, Reto Neuber, Die Mitte/EVP, Christine Schuhwerk, FDP/XMV und Christoph Seitler, FDP/XMV. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl der sieben Kommissionsmitglieder in globo ab.

Abstimmung

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 27 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Als Präsidentin der Kommission wird Christine Schuhwerk, FDP/XMV vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht? Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl der Präsidentin offen ab.

Abstimmung

Christine Schuhwerk wird mit 27 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen als Präsidentin der Kommission gewählt.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Ich gratuliere Christine Schuhwerk sowie den anderen Kommissionsmitgliedern zur Wahl und wünsche erfolgreiche Geschäfte.

18. Fragerunde

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort, mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Lukas Auer, SP/Grüne: In der Felix-Ausgabe vom 7. Juni hat die Stadt Arbon die Auflage eines Baugesuchs kommuniziert. Es geht um die Errichtung eines Gartenhauses auf der Parzelle 5388, welches gemäss der Mitteilungsaufgabe Baugesuch der Stadt Arbon bereits erstellt ist. Ich bitte den Stadtrat, die folgenden zwei Fragen sehr genau zu beantworten.

1. Hat die Erstellung ohne rechtliche Bewilligung eine finanzielle und rechtliche Konsequenz? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welche?
2. Wie geht der Stadtrat mit Bauten ohne Bewilligung um? Wir haben heute bereits gehört, es wurde eine Einfache Anfrage eingereicht, das Thema brennt unter den Nägeln.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Ich muss vorausschicken, zum genannten Baugesuch nehme ich keine Stellung, da es sich um ein laufendes Verfahren handelt. Aber ich kann die Fragen allgemein beantworten.

1. Wer ohne Baubewilligung baut oder nicht nach den Plänen baut, riskiert eine Busse oder sogar den Rückbau. Die Gemeindebehörde selber kann keine Bussen aussprechen, sondern bei der Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten. Anlässlich des Baubewilligungsverfahrens wird geprüft, ob eine Anzeige verhältnismässig ist.
2. Das Vorgehen richtet sich nach den Paragraphen 114 und 115 des Planungs- und Baugesetzes. Es erfolgt ein Baustopp bei widerrechtlich begonnenen oder fortgesetzten Arbeiten an Bauten und Anlagen, dies mit Rechtsmittelbelehrung mit gleichzeitiger Aufforderung zur Einreichung eines Baugesuchs oder der Wiederherstellung des gesetzmässigen Zustands auch bis zur Anordnung einer Ersatzvornahme. Ist die Baute bzw. Anlage bereits erstellt, erfolgt eine schriftliche Aufforderung zur Einreichung eines Baugesuchs oder der Wiederherstellung des gesetzmässigen Zustands, auch dies unter Androhung einer Ersatzvornahme. Gleichzeitig kann die Gemeindebehörde Strafanzeige bei der Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft einreichen.

Reto Gmür, BFA: Im Versand der Unterlagen zur heutigen Parlamentssitzung ist auch eine Botschaft des Stadtrats zum Agglomerationsprogramm St. Gallen-Bodensee, 3. Generation enthalten. Dort geht es um das BGK zur Sanierung und Aufwertung der St. Gallerstrasse. der Beitrag der Stadt Arbon wäre dort CHF 585'470. Über Sinn oder Unsinn solcher Projekte lässt sich ja bekanntlich streiten. Fast am Schluss dieser Botschaft kann man lesen, dass die neu erstellte Postautohaltestelle Bündnerhof wieder rückgebaut werden muss. In diesem Zusammenhang nun meine Fragen an den Stadtrat:

1. Ist es richtig, dass der Stadtrat seit 2021 über diese Pläne des Kantons informiert ist?
2. Was hat der Bau der Bushaltestelle Bündnerhof gekostet und was kostet der Rückbau?
3. Warum wurde dort keine provisorische Bushaltestelle realisiert, wenn man Kenntnis dieser Pläne hatte?
4. Wer muss für die Kosten dieses Rückbaus aufkommen?

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne:

1. Ja, der Stadtrat wusste, dass anlässlich des Betriebs- und Gestaltungskonzepts St. Gallerstrasse in Betracht gezogen wird, die Bushaltestelle Bündnerhof, welche sich Richtung stadtauswärts befindet, allenfalls auf die St. Gallerstrasse zu verschieben.
2. Die behindertengerechte Haltekante entlang der Landquartstrasse wurde zwischen 2013 und 2015 vom Kanton gebaut. Die genauen Details zu den Kosten dafür konnte ich auf die Schnelle nicht in Erfahrung bringen. Ob diese bei einer allfälligen Verschiebung der Haltekante zurückgebaut wird, ist noch offen. Die zeitgemässe Ausrüstung der Möblierung der Haltestelle Bündnerhof stadtauswärts kostete knapp CHF 50'000. Falls die Haltestelle an die St. Gallerstrasse verschoben wird, kann dieses Buswartehaus wieder verwendet werden. Einzig das Betonfundament im Wert von etwa CHF 9'500 müsste zurück gebaut werden.
3. Die Bushaltestelle Bündnerhof wird von den zwei Buslinien 201 und 211 gut frequentiert und rege benutzt. Da es mehrere Jahre dauern kann, bis die St. Gallerstrasse fertig umgestaltet ist, erachtete es der Stadtrat als nicht sinnvoll, mit einem Provisorium zu arbeiten. Und wie gesagt, das Wartehaus kann wiederverwendet werden.
4. Diese Kosten sind im Betriebs- und Gestaltungskonzept St. Gallerstrasse eingerechnet und obliegen der Stadt Arbon.

19. Informationen aus dem Stadtrat

Keine Wortmeldungen.

Präsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Interpellation «Kampf gegen fragwürdige Spitexfirmen» von Lukas Auer, SP, Reto Gmür, BFA und Reto Neuber, Die Mitte/EVP und Isabelle Fuchs, FDP/XMV wurde mit 17 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet nach den Sommerferien am 20. August 2024 statt. Gerne beende ich diese Sitzung mit einem Zitat. „Sport spricht eine Sprache, die die Politiker nicht beherrschen“ (Nelson Mandela, ehemaliger Präsident von Südafrika). Dieses Zitat drückt die universelle Kraft des Sports aus, Menschen aus allen Kulturen und Gesellschaftsschichten zu vereinen. Es zeigt auch, dass Sport die Macht hat, Themen zu transzendieren, die in der Politik oft zu Spannungen führen. Ich wünsche allen Anwesenden eine schöne Ferienzeit und dem kantonalen Turnfest am kommenden Wochenende und dem Seenachtsfest warme Temperaturen, viel Sonnenschein und viele Zuschauer. Die Sitzung ist beendet. Danke.

Ende der Sitzung um 21.49 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Esther Straub

Die Stadtschreiberin:

Alexandra Wyprächtiger